

INHALT

| | |
|---|---------|
| Recht in Deutschland ? | 1 |
| Stiftungserlaß des BMI | 3 |
| SPD-Sprecher trumpft auf Einheitsbibliothek oder Bibliothekenverbund | 8 10 |
| Ende der Zitterpartie - Treuhand zahlt weiter | 13 |
| Noch einmal davongekom- men: ADN-Bildarchiv | 14 |
| Kulturbund-Archiv - Zukunft geklärt | 16 |
| "Nacht- und Nebel- aktion" droht Militär- archiv Potsdam | 18 |
| Landesparteiarchive und föderales Bewußtsein | 19 |
| Edition Bibliothek Stein vor dem Abschluß | 20 |
| Informationsvermitt- lungsstelle Osteuropa | 21 |
| Tauziehen um Komintern- Archiv | 22 |
| Vor neuen Editionsricht- linien der MEGA | 23 |
| BzG erscheint weiter | 24 |
| Kurzberichte | 25 |
| Veranstaltungskalender | 31 |
| Fachliteratur | 32 |
| Personalien | 38 |
| Rückblick: Thomas Mann an Walter Ulbricht | 39 |
| Leserzuschriften | 42 |
| Anzeigen | 43 |
| SONDERBEILAGE : "Operation Fummel". Zeitgeschichtliche Col- lage aus dem Zwischen- bereich. Von Henryk Eska | 45 |

Recht in Deutschland ?

Sk. In den Annalen des inter-
nationalen Archivwesens ist
der 31. März 1992 ein denk-
würdiger Tag. Mit der Be-
setzungs- und Durchsuchungs-
aktion gegen den "Verbund"
beim Parteivorstand der PDS
hat er in einprägsamer Weise
Geschichte geschrieben.

Hundestaffeln im Einsatz ge-
gen eine Stätte der For-
schung. Polizeistiefel in den
Magazinräumen. Für Mitarbei-
terinnen und Mitarbeiter uni-
formiertes Geleit beim Gang
zur Toilette - wo hätte es
das je in einem Kulturstaat
gegeben. Am 31. März 1992
allerdings mußte es sein. So
jedenfalls versichern uns das
die Repräsentanten einer Ju-
stiz, über die ehemals Otto
Kirchheimer befand, daß ihre
Anbindung an die Zwecke der
Politik zur organisierten
Zerstörung von Gerechtigkeit
führe.

Leider also mußte das alles
so sein. Schließlich ging es
um keine Bagatelle, sondern
um den Verdacht der Anstif-
tung zur Rechtsbeugung und um
mutmaßliche Totschlagsdelik-
te. Leitende Funktionäre der
ehemaligen SED "stehen im
Verdacht, als Mitglieder des
Politbüros oder in sonst her-
ausragender Stellung für den
Bau von Selbstschußanlagen
und die Verlegung von Minen
an der innerdeutschen Grenze
und damit für den Tod zahl-
reicher Menschen ver-
antwortlich zu sein." Unter

Berücksichtigung der Schwere des Tatvorwurfs habe die Durchsichtung der Archivräume als erforderlich und auch als verhältnismäßig zu gelten. "Nur so kann sichergestellt werden, daß die Staatsanwaltschaft über das gesamte Archivgut Zugriff erhält und deren <sic!> Sichtung ohne Beeinträchtigung durch Dritte vornehmen kann." (Landgericht Berlin, Strafkammer 27 - Schwurgericht -, 6. Mai 1992.)

Keineswegs mußte das alles so sein, versichert demgegenüber die Leiterin des "Verbundes" und kann sich dabei auf relevante Fakten berufen. Schon am 31. März ließ sie durch ihren Anwalt in einer Rechtsbeschwerde erklären: "Die die Aktion leitenden Herren Staatsanwälte <...> und <...> haben sich schon Wochen vor der heutigen Durchsichtung durch umfangreiche eigene Recherchen einen umfassenden Überblick über die Archivbestände verschafft. Ihnen ist dabei seitens des Verbundes jede erdenkliche Hilfe und Unterstützung gewährt worden. Zusätzlich gesichert durch die Kontrolle der Projektgruppe Archive ist es nach wie vor nicht möglich, Archivgut zu beseitigen. Die Staatsanwaltschaft hatte und hat ohne Durchsichtung auch einen völlig unbehinderten Zugang zu den nichterschlossenen Beständen." Außerdem sei bereits Tage zuvor "die freiwillige Herausgabe aller gewünschten Unterlagen ausdrücklich zugesichert worden."

Die Eilbeschwerde vom 31. März wurde am 21. April - immerhin schon - vom Landgericht Berlin "wegen prozessualer Überholung" als unzulässig verworfen. "Die Durchsichtung", erläuterte das hohe Gericht, "ist beendet, die zwecks Durchsicht mitgenommenen Schriftstücke sind zwischenzeitlich beschlagnahmt worden. Damit ist das Rechtsschutzbedürfnis für eine Überprüfung des angefochtenen Beschlusses entfallen".

So also das Landgericht am 21.4. Am 29.4. aber, betonte der Anwalt des "Verbundes" darauf in seiner juristischen Gegenvorstellung, sei im Archiv "ein Gespräch mit dem Staatsanwalt <...> geführt" worden, "der bestätigte, daß die Durchsichtung unter Aufsicht der Staatsanwaltschaft andauert und auch fortgeführt wird. Damit", so weiter der Anwalt, "ist die Begründung für das Verwerfen der Beschwerde offensichtlich falsch. Das Rechtsschutzbedürfnis besteht fort. Es besteht besonders auch dann, wenn man der Auffassung des Gerichts folgt, da dann alle staatsanwaltlichen Handlungen rechtswidrig und ohne richterlichen Durchsichtungsbefehl vorgenommen werden. Dies bedeutet einen Mißbrauch der Rechte der Staatsanwaltschaft und eine Verletzung der Bestimmungen der Strafprozeßordnung."

Das Landgericht beeindruckte diese Einlassung nicht. Zwar sei es "grundsätzlich zutreffend", befand die 22. Strafkammer in der Begründung ihres Beschlusses vom 13. Mai, "daß eine Durchsichtung solange andauert, wie die Durchsicht sichergestellter Unterlagen nicht beendet ist." Gleichwohl sah die

Kammer keine Veranlassung, ihren Beschluß vom 21. April zu ändern, ergab für sie doch die Beschwerdebegündung "in aller Eindeutigkeit, daß eben eine solche Durchsicht nicht als Beschwerde betrachtet wird - zu ihrer Durchführung wurde sogar eigene Mitarbeit angeboten-, sondern lediglich der Umstand, daß die Unterlagen durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen nicht spektakulär aus dem Gewahrsam der Beschwerdeführerin entfernt wurden."

* *
*

Zuweilen quält mich ein Alptraum, und da ist dann alles wieder fast so wie gehabt. Die Mauer ist da, und Mielkes stramme Garde ist da, und auch das flauere Gefühl in der Magengrube ist wieder da, wenn ich mich zum Grenzübergang in der Friedrichstraße begeben. Dort werde ich dann gründlich auseinandergenommen - gekonnt, gezielt, selbst dort, wo es manchen manchmal manchem reinzutreten gelüftet. Als ich verschüchtert Einspruch erhebe, weil ich gegen einige taktile Reize allergisch bin, werde ich korrekt auf den Rechtsweg verwiesen. Mit meiner inständigen Bitte, freiwillig auspacken zu dürfen, was sich da so alles angesammelt hat in meiner jahrzehntelangen Diversantenkarriere, finde ich bei den Instanzen allerdings nur begrenztes Gehör. Am Ende habe ich nicht nur die Kosten, sondern auch an einer Erkenntnis zu tragen: legal bis zur letzten Leitersprosse, aber durchsucht wird doch.

* *
*

Recht in Deutschland? Nun ja. Auf jeden Fall Justiz in Berlin. Auch sie liebt uns ja alle. Auf ihre Art.

Stiftungserlaß des Bundesinnenministers

Der im "Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes" vom 13. März 1992 vorgesehene Erlaß des Bundesministers des Innern über die Errichtung einer "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ist am 6. April in Kraft gesetzt und im darauffolgenden Monat veröffentlicht worden.

Wie der Textvergleich zeigt, entspricht das im Gemeinsamen Ministerialblatt publizierte 14-Paragrafenwerk (GMBI Nr. 16, S. 310-312) weitestgehend dem von den Berichterstattern der Bonner Koalitionsfraktionen angeregten Erlaßentwurf (Deutscher Bundestag - 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1967, S. 8-12). Eine inhaltliche Änderung hat nur §4 ("*Nutzung der Unterlagen*") erfahren, dessen Absatz 1 im Text des Entwurfs lediglich besagte: "(1) Das Recht, Archivgut der Stiftung zu nutzen, steht jedermann auf Antrag zu, soweit durch Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist." Dieser Passus ist im Text des Erlasses durch folgende Bestimmung ergänzt worden (Satz 2):

"Weitergehende gesetzliche Rechte und besondere Vereinbarungen mit den Eigentümern privaten Archivguts bleiben unberührt."

Unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Benutzerinteresses verdienen auch die Absätze 2 bis 6 des §4 sowie die Paragraphen 5, 12 und 13 besondere Aufmerksamkeit. Sie seien daher in extenso zitiert:

- "(2) Die in §5 Abs. 1 Satz 1 des Bundesarchivgesetzes genannte Schutzfrist von 30 Jahren findet auf die Bestände der Stiftung keine Anwendung.
- (3) Archivgut, das sich nach seiner Zweckbestimmung auf natürliche Personen bezieht, darf erst 30 Jahre nach dem Tode des Betroffenen durch Dritte benutzt werden. Ist das Todesjahr nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand festzustellen, endet die Schutzfrist 110 Jahre nach der Geburt des Betroffenen. Eine Verkürzung dieser Schutzfristen ist möglich, wenn der Betroffene dem zugestimmt hat oder die Benutzung für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Belange unerlässlich ist, die im überwiegenden Interesse einer anderen Person oder Stelle liegen und eine Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange durch angemessene Maßnahmen, beispielsweise durch Vorlage anonymisierter Reproduktionen, ausgeschlossen werden kann.
- Für Personen der Zeitgeschichte und Amtsträger in Ausübung ihres Amtes können die Schutzfristen verkürzt werden, wenn die schutzwürdigen Belange des Betroffenen angemessen berücksichtigt werden.
- (4) Die Schutzfristen gelten nicht für solche Unterlagen, die bereits bei ihrer Entstehung zur Veröffentlichung bestimmt waren.
- (5) Die Benutzung ist nicht zulässig, soweit
1. Grund zu der Annahme besteht, daß das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet würde, oder
 2. Grund zu der Annahme besteht, daß schutzwürdige Belange Dritter entgegenstehen, oder
 3. der Erhaltungszustand des Archivguts gefährdet würde, oder
 4. ein nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand entstehen würde.
- (6) Die Verknüpfung personenbezogener Daten ist nur zulässig, wenn schutzwürdige Belange Betroffener nicht beeinträchtigt werden.

§5

Benutzung des Bibliotheksgutes

Die Bibliotheksbestände der Stiftung stehen gemäß der Benutzungsordnung jedermann zur Verfügung. Die Benutzungsordnung wird vom Kuratorium beschlossen."

"§12

Anwendung des Bundesarchivgesetzes

Im übrigen sind die Bestimmungen des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz - BArchG) vom 6. Januar 1988 (BGBl. I S. 62) entsprechend anzuwenden.

§13

Gebühren und Auslagen

Für entstehende Gebühren und Auslagen sind die im Bundesarchiv geltenden Regelungen maßgeblich."

Aus der Sicht Archiv- und Bibliotheksgut abgebender Stellen ist zunächst §3 in Betracht zu ziehen, der in sieben Absätzen das Thema "*Stiftungsvermögen und Übertragung von Rechten zugunsten der Stiftung*" behandelt. Er räumt der Institution das Recht ein, "ihr von Dritten übertragene Nutzungsrechte auszuüben und Zuwendungen Dritter entgegenzunehmen" (Abs. 4). "Rechte und Interessen der Eigentümer an deren Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbeständen sind", wie Abs. 5 vorschreibt, "durch Vereinbarungen zu sichern". Angesichts der strukturellen Gewichtungssakzente, die der Erlaß vorgibt, kommt dieser Bestimmung für die Einbringer zentrale Bedeutung zu. Ihre Chance, berechnete Interessen auf dem Weg über die beiden in §6 ("*Organisation der Stiftung*") genannten Stiftungsorgane gegen stärkere Widerstände durchzusetzen, erscheint nämlich gering.

Für das Kuratorium, das gemäß §7 Abs. 1 "über die grundsätzlichen Fragen" beschließt, "die zum Aufgabenbereich der Stiftung gehören", die Tätigkeit ihres Direktors "überwacht" und (§5) die Benutzungsordnung der Bibliothek festlegt, sieht Abs. 2 des genannten Paragraphen folgenden Vertretungsschlüssel vor: fünf Vertreter des Deutschen Bundestages; fünf Vertreter der Bundesregierung, davon drei des Bundesinnenministers sowie je ein Vertreter des Bundesfinanzministers und des Bundesministers für Forschung und Technologie; den Präsidenten des Bundesarchivs; zwei Vertreter der Länder, darunter ein Vertreter des Landes Berlin und ein Vertreter der neuen Länder; sieben weitere Vertreter, bei denen es sich jedoch keineswegs nur um Mandatäre "der Archivgut abgebenden Stellen" handelt. Vielmehr sind auf dieser 'Bank' auch Vertreter von "anderen betroffenen Stellen" vorgesehen. Diese Formulierung wurde gewählt, um auch den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Friedrich-Ebert-Stiftung, also

Institutionen berücksichtigen zu können, die zwar Ansprüche auf Teile des Einbringungsgutes angemeldet haben, ohne daß sie juristisch den Status des Einbringers genießen.

Als Prophylaktikum gegen etwaige Versuche, die Einflußrelationen bei gleichbleibender Rahmenlage substantiell zu verändern, sind dem Erlaß starke Sicherungen eingebaut. Da das Kuratorium "über Änderungen des Stimmenverhältnisses mit der Mehrheit von drei Vierteln seiner Mitglieder" entscheidet (Abs. 2), bilden die fünf Vertreter der Bundesregierung gemeinsam mit dem Vertreter der nachgeordneten Behörde Bundesarchiv eine Sperrminorität. Darüber hinaus wird die "Anzahl der Stimmen, die die Mitglieder des Kuratoriums führen", erstmalig vom Bundesminister des Innern bestimmt (ebd.). Bei professioneller Handhabung des Instruments der Stimmenzuweisung verknüpfen sich also die Möglichkeiten, die Absatz 3 bietet, mit keinerlei Risiko. Er besagt: "Treten weitere Archivgut abgebende Stellen oder sonst betroffene Stellen hinzu, kann die Anzahl der Vertreter im Kuratorium neu geregelt werden."

Die herausgehobene Position des federführenden Ministers wird im übrigen auch durch andere Bestimmungen dokumentiert. So ernannt er die Vertreter der Archivgut abgebenden Stellen sowie anderer betroffener Stellen auf deren Vorschlag (Abs. 2). Der Direktor wird von ihm im bloßen "Benehmen" mit dem Kuratorium bestellt (§9), in dem "ein Vertreter des Bundesministers des Innern, dessen Stimme bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt", den Vorsitz führt (§7 Abs. 4). Die Geschäftsordnung, die das Kuratorium mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt, ist durch den Bundesinnenminister zustimmungspflichtig (ebd. Abs. 6).

Inwiefern dem Direktor in der allgemeinen Stiftungspraxis eine vergleichbar starke Rolle zugedacht ist, läßt der Text nicht erkennen. Er verweist den Direktor zwar nach §7 Abs. 1 auch durch Abs. 6 auf die Ebene der *Di minorum gentium*: An den Sitzungen des Kuratoriums nämlich, die er vorzubereiten hat (§9 Abs. 2), darf der Direktor nur mit beratender Stimme teilnehmen, "soweit das Kuratorium im Einzelfall nichts anderes beschließt". Er "führt die Beschlüsse des Kuratoriums aus" und "berichtet dem Kuratorium über seine Tätigkeit" (§9 Abs. 2.). Doch Klarheit über seinen realen Handlungsspielraum als Leiter der Stiftung (ebd.) wäre angesichts der vorliegenden Rechtskonstruktion einer unselbständigen Stiftung des öffentlichen Rechts im Bundesarchiv (§1: "*Errichtung, Rechtsstellung*", Abs. 1) nur unter einer Voraussetzung zu gewinnen, die der Erlaß schuldig bleibt: einer deutlichen Markierung der Freigrenzen des Direktors innerhalb des größeren Rahmens der Gesamtinstitution.

Im Verhältnis zum Kuratorium, das für einzelne Teil- oder Fachbereiche besondere Kommissionen oder Arbeitsgruppen bilden kann (§7 Abs.5), erfüllt der wissenschaftliche Beirat (§8) ebenso wie gegenüber dem Direktor die Funktion eines reinen Beratungsorgans. Er berät sie "in allen die Stiftung betreffenden Angelegenheiten" (Abs. 1). Die Zahl seiner Mitglieder kann bis zu 18 betragen, ihr Ausleseradius umschließt Sachverständige des Archiv- und Bibliothekswesens, der Geschichtswissenschaft und der Sozialwissenschaften, insbesondere der Geschichte der DDR und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Das Berufungsprozedere weist dem Kuratorium das Vorschlagsrecht mit der Maßgabe zu, das Votum der Archivgut abgebenden Stellen zu berücksichtigen, die bis zu vier Vertreter benennen können. Ob sich diese Zahl auf jeden einzelnen der Einbringer oder auf ihre Gesamtheit bezieht, ist nicht ersichtlich. Auf jeden Fall aber sollen dabei "Vorschläge für Mitglieder aus dem Beitrittsgebiet besonders berücksichtigt werden. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung, die der Beirat mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt" und die - wie im Falle des Kuratoriums, an dessen Sitzungen auch der Beiratsvorsitzende mit beratender Stimme teilnehmen darf (§7 Abs. 6) - die Zustimmung des Bundesinnenministers benötigt. Die Mitglieder des Beirats werden von ihm wiederum lediglich "im Benehmen" mit dem Kuratorium für die Dauer von vier Jahren berufen (§8 Abs. 2).

Die insgesamt schwache Position der abgebenden Stellen innerhalb des Gremiengefüges rechtfertigt indessen keine Gesamtbeurteilung unter dem Teilaspekt eines konfliktorientierten Abstimmungsverhaltens. Im Regelfall dürfte sich die Willensbildung aller Beteiligten an Sachzwängen orientieren, die sich aus der Aufgabenzuweisung ergeben, "Unterlagen von Stellen nach §2 Abs. 9 des Bundesarchivgesetzes zu übernehmen, auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und zu ergänzen. Dies gilt auch für andere Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die damit in historischem oder sachlichem Zusammenhang stehen." (§2, "Aufgabe".) Meinungsunterschiede, die sich aus der voraussichtlich angespannten Finanzlage herleiten - "Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Stiftung einen jährlichen Zuschuß nach Maßgabe des jeweiligen Bundeshaushalts." (§3 Abs. 2) -, werden weit eher durch Ressortegoismen als durch gänzlich sachfremde Gesichtspunkte bedingt sein.

Einem Mißbrauch des Kuratoriums als Majorisierungsmaschine sind überdies schon im Erlaß selbst erste Grenzen gesetzt. Neben dem bereits zitierten Abs. 5 von §3 - Vereinbarungszwang zur Sicherung der Eigentümerrechte und Eigentümerinteressen - ist hier auf Abs. 7 zu verweisen. Er bezieht sich zwar unmittelbar nur auf den Fall einer Handlungsunfähigkeit der Stiftung oder ihrer Auflösung, doch darf er im Analogieverfahren mit einem normie-

renden Imperativ auch für das Regelverhalten gleichgesetzt werden. Zur Sicherstellung des Stiftungszweckes auf dem Vereinbarungsweg erlegt er dem Bundesminister des Innern auf der einen und den Eigentümern oder Verfügungsberechtigten auf der anderen Seite die Verpflichtung auf, für die Neuregelung eine einvernehmliche Lösung zu finden. "Dabei ist dem archivfachlichen Grundsatz der Unverletzbarkeit des historischen Entstehungszusammenhanges der Unterlagen unter Beachtung der Rechte der Eigentümer und Verfügungsberechtigten Rechnung zu tragen." Die Beschreitung des Rechtsweges in diesem Kontext bietet eine Kannbestimmung als Ultima ratio an, eine den stärkeren Partner zumindest tendenziell disziplinierende Perspektive. Daß die in das Kuratorium entsendende Stelle jedes von ihr entsandte Mitglied und dessen Stellvertreter jederzeit abberufen und ausscheidende Vertreter wie Stellvertreter problemlos ersetzen kann (§7 Abs. 2), ist gegenüber diesen Leitlinien sekundär, gehört aber mit zu den Elementen auch des Einbringerschutzes. Ihn in erweiterter Form zu konkretisieren, sind die Einbringungsverträge gedacht.

Eine weitgehende Annäherung an die Ausgangserwartungen der abgebenden Stellen wird freilich auch durch diese Verträge nicht zu erreichen sein. Aus einer Position der finanziellen Schwäche, wie sie für die Gesamtheit der Einbringer kennzeichnend ist, lassen sich nun einmal keine spektakulären Erfolge erzielen. Wenn die Betroffenen den Blick auf die Gepflogenheiten der internationalen Vergleichsebene richten, haben sie gleichwohl einigen Grund, mit den vorliegenden Bestimmungen und den noch zu treffenden Regelungen nicht gerade im Übermaß unzufrieden zu sein. Nur an den Bedürfnissen der wissenschaftlichen Benutzer gemessen, verdienen die Resultate der eineinhalbjährigen Problemdiskussion in den Kernfragen sogar das Prädikat optimal. Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen wurde einer Zersplitterung der Bestände im Maße des derzeit Möglichen vorgebeugt. An die Stelle der pessimistischen Einschätzung, bestenfalls Petrefakte erhalten zu können, ist die Aussicht auf eine systematische Ergänzung archivalischer und bibliothekarischer Sammlungen getreten.

Nicht zuletzt gehören Pläne, die Stiftung im "Raum" oder gar im "Großraum" Berlin anzusiedeln, der Vergangenheit an. "Sitz der Stiftung", befindet §1 Abs. 2 ebenso lapidar wie definitiv, "ist Berlin". Das Konzept eines internationalen Forschungszentrums Berlin für Geschichte der Arbeiterbewegung ist seiner Realisierung also ein Stück nähergekommen. - ak

SPD-Sprecher trumpft auf

Einiges war ihm zu Ohren gekommen, doch wieviel dran war an den Gerüchten, wußte auch MdB Gerd Wartenberg nicht. Was man ihm geraunt hatte über Pläne der Bundesregierung, "das ehemalige SED-Parteiarchiv und das FDGB-Archiv

organisatorisch zu zerschlagen", schien dem innenpolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gleichwohl den Aufwand einer Verlautbarung wert. Und so schärfte er denn seine Verbalaxt und ging in die vollen. Unter der dumpf-drohenden Überschrift "Bundesregierung gefährdet Kompromiß zu DDR-Archiven" gab der Vertreter des Wahlkreises 255 Tempelhof-Steglitz seelentraumatisch zu wissen:

"Das Bundesarchivgesetz ist in novellierter Fassung kaum in Kraft, da deuten alle Zeichen darauf hin, daß die Bundesregierung versucht, den mühsam zwischen den Parteien ausgehandelten Kompromiß zu den DDR-Archiven zu unterlaufen:

Noch bevor sich ein Gremium der Stiftung konstituiert hat, steht angeblich schon fest, daß das ehemalige SED-Parteiarchiv und das FDGB-Archiv nicht als jeweils eigenständige Abteilungen in die unselbständige Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs eingebracht werden sollen, sondern daß deren Bestände verschiedenen Referaten dieser Stiftung zugeordnet werden. Damit verstößt die Bundesregierung nicht nur gegen ihre Zusagen im Gesetzgebungsverfahren: Sie nimmt auch die organisatorische Zerschlagung der Archive sowie die Aufsplitterung der Bestände in Kauf. Denn die Zustimmung der Archiveigentümer und auch der Eigentümer von Nachlässen zu der Stiftungslösung hing unter anderem daran, daß die gewachsene historische Identität der Archive erhalten blieb. Sollte jetzt jedoch deren organisatorische Eigenständigkeit nicht gesichert bleiben, gefährdet die Bundesregierung ihre problemlose Überführung der Archive in die unselbständige Stiftung. Die Bundesregierung ist dafür verantwortlich, wenn wertvolle Nachlässe von den Erben zurückgezogen werden und damit der wissenschaftlichen Forschung verloren gehen.

Die SPD hatte aus gutem Grund für die Gründung von drei unselbständigen Stiftungen unter dem Dach des Bundesarchivs plädiert. Diese Lösung hätte am besten die gewachsene Identität der verschiedenen Archive berücksichtigt. Die SPD besteht jetzt nachdrücklich darauf, daß die Bundesregierung den mühsam zwischen den Parteien ausgehandelten Kompromiß respektiert. Dies kann nur bedeuten: Unter enger Beteiligung der Gremien werden die beiden historisch gewachsenen Archive als eigenständige Abteilungen in die unselbständige Stiftung eingebracht. Ihrem sachkundigen Personal werden alle Chancen eingeräumt, ihre Arbeitsplätze zu behalten."

Also sprach Gerd Wartenberg - Aktenzeichen Hs/sm - aus Bonner Abgeordnetenhöhe in Richtung Graurheindorfer Straße, wo weltzugewandt das Bundesministerium des Innern domiziliert. In Paniknähe ob seiner Worte geriet man dort nicht. Vielmehr wußte das PDS-Blatt "Neues Deutschland" alsbald aus sicherer Quelle zu melden, Minister Seiters' zuständiger Referent sehe sich außerstande, die Gedankengänge des Abgeordneten Wartenberg nachzuvollziehen. Einige Wochen später, als die angeblichen Pläne es zu beinahe schon konkreten Plänen gebracht hatten, wäre das dem Seiters-Ministerialen vermutlich ohne jede Überanstrengung möglich gewesen. Doch da geriet der Versuch eines Unterhändlers, im Poker um die Einbringungsverträge mit dem Hinweis auf des SPD-Innenexperten geballte Faust einen Volltreffer zu landen, zur Fehlfarbe par excellence. Die apokalyptische Vision eines von Gerd Wartenberg angezettelten Kanzlersturzes wurde im BMI ohne sichtbare Gemüts-

bewegung zur Kenntnis genommen. Über die Hintergründe dieser Gelassenheit vernimmt man die unterschiedlichsten Versionen.

Bei einem Informationsbesuch in der Potsdamer Filiale des Bundesarchivs - so die eine Interpretationsvariante - habe sich Wartenberg als durchaus pflegeleichter Gesprächspartner empfohlen, dem man seine sprachlichen Sadoakte nachsehen müsse; auch SPD-Linke hätten nun mal ab und an ihre "Klientel" zu bedienen. Alt-Rechte aus Walter Momper's vor sich hin bröselnder Berlin-SPD wiederum halten ein anderes Erklärungsmuster bereit. Demnach kennen auch die Graurheindorfer inzwischen den Ruf, den sich "Feingeist-Kraftie" Wartenberg in heimischen Kungelrunden hart erarbeitet hat ("Gummilöwen beißen nicht"). Wieder eine andere Interpretationsmöglichkeit scheint Politikwissenschaftler Hermann Weber im Schilde zu führen. In seinem neuesten Beitrag für das "Deutschland-Archiv" bringt er Wartenbergs Intervention beiläufig in Zusammenhang mit dem Verlautbarungsdatum: 1. April.

Lynx

Einheitsbibliothek oder Bibliothekenverbund

Die Abgabe mehrerer Großbibliotheken an die in der ersten Planungsphase befindliche Archiv-Stiftung wirft vielfältige Fragen auf. Eine von ihnen lautet: Wie können berechnigte Interessen sowohl der Eigentümer als auch der künftigen Benutzer mit den finanziellen Kapazitätsgrenzen eines solchen Archivs neuer Art in Einklang gebracht werden. Rationalisierungsexperten, denen die Sachzwänge wissenschaftlicher Bibliotheken offenbar weitgehend fremd sind, zeigen sich von dem Gedanken an eine Radikallösung fasziniert. Weil ein Verbund historisch gewachsener Sammlungen unter einem Dach mit dem eher linearen Rationalisierungsdenken schlecht zu vereinbaren ist, plädieren sie mehr oder weniger offen für die Verschmelzung aller Bestände zu einer großdimensionierten Einheitsbibliothek. Der folgende Beitrag aus der Sicht eines bibliothekserfahrenen Praktikers beleuchtet einige der realen Probleme.

Mit der Bildung der unselbständigen "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" werden von den entsprechenden Einrichtungen neben umfangreichem Archivgut auch große Spezialbibliotheken in die Stiftung eingebracht. Es handelt sich dabei vor allem um die Bibliothek des ehemaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) mit etwa 700 000 inventarisierten und ca. 100 000 nicht bearbeiteten bibliographischen Einheiten (Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften) und die der Johannes-Sassenbach-Stiftung (ehemals Zentralbibliothek der Gewerkschaften) mit ca. 200 000 bibliographischen Einheiten. Beide Bibliotheken sind bereits als Archivbibliotheken entstanden und waren verpflichtet, "graue Literatur", d.h. besonders interne Literatur von politischen Organisationen, zu sammeln. Hinzu kommen noch die Bestände der Bibliothek im Haus am Köllnischen Park mit etwa 300 000 Bestandseinheiten sowie die der ehemaligen FDJ, der DSF u.a. Insgesamt beträgt der Bestand also fast 1,5 Millionen Bände.

Die Zusammenführung allein der drei großen Bibliotheken in die Stiftung wirft eine Anzahl praktischer, rechtlicher, ökonomischer und kulturpolitischer Probleme auf, die ein gründliches Durchdenken und die Erarbeitung einer überlegten, abgewogenen Konzeption verlangen. Diese Konzeption sollte, um eine tragfähige Grundlage für die künftige Arbeit zu schaffen, nicht al-

lein von außen, sondern in Abstimmung mit den bereits sachkundigen Mitarbeitern entwickelt werden.

In der Konzeption ist sinnvollerweise davon auszugehen, daß

- die Bibliothek der Stiftung auf der Grundlage der Bestände mehrerer Bibliotheken errichtet wird, es sich aber um eine Bibliothek handelt
- die Bibliotheken in bezug auf Bestand und Tektonik in engem inneren Zusammenhang und in enger Verknüpfung mit dem entsprechenden Archiv stehen
- die Bestände der einzelnen Bibliotheken aus rechtlichen Gründen zusammenzuhalten sind und nicht gemischt werden dürfen
- die Bestände in einem Gesamtkatalog bzw. einer Datei nachweisbar sein müssen, wobei die Bestände der einzelnen Einbringerbibliotheken durch entsprechende Signaturgebung (Bibliothekssigel bzw. Symbol) im Katalog deutlich sichtbar sein müssen (z.B. wegen des Standortes)
- die - soweit nicht anders bestimmt - Neuerwerbungen ab 1.1.1993 Eigentum der Stiftung sind
- die gesamten Bestände perspektivisch in einem Gebäude räumlich zusammengeführt werden sollten.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der Formulierung der Aufgabenstellung sowie der Beschreibung der Sammelschwerpunkte gewidmet werden. Aus der Sicht des Praktikers müßte die Bibliothek in Anpassung an das Aufgabenspektrum der Stiftung folgende Aufgaben erfüllen:

- die von den Parteien und Massenorganisationen der DDR herausgegebenen und die über ihre Tätigkeit veröffentlichten Schriften sowie die Literatur zu ihrer Geschichte zu sammeln und zu bewahren, sie in Katalogen, Dateien und Bibliographien alphabetisch und sachlich zu erschließen sowie sie der Forschung und anderen Interessierten zur Benutzung zur Verfügung zu stellen.
- die durch die Bibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung und die Bibliothek der Johannes-Sassenbach-Stiftung aufgebauten Literatursammlungen zu sozialen Theorien und Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung zu erhalten, zu sichern, für die Benutzung zur Verfügung zu stellen und in Abstimmung mit anderen Einrichtungen zu komplettieren.

Legt man eine solche oder ähnliche Aufgabenstellung für die Bibliothek zugrunde, so wird man sich verhältnismäßig schnell auf den Rahmen künftiger Erwerbungen einigen können, einschließlich der Frage einer sachgerechten Staffelung einzelner Werke. Auszugehen ist davon, daß in der Regel von einer Ausgabe eines Werkes nur ein Exemplar erworben wird.

Bei den in die Stiftung eingebrachten Bibliotheken wird man, wie bereits gesagt, schon aus rechtlichen Gründen die inventarisierten Bestände als geschlossene Einheit zu bewahren haben. Gehen doch nach dem bisher bekannten Stand der Verhandlungen die Eigentumsrechte nur für einen kleineren Teil der Bestände auf die Stiftung über. Um die wertvollen Sammlungen, die - wie die der Bibliothek des ehemaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung - z. T. unter Kulturgutschutz stehen, in ihrer Geschlossenheit nicht zu gefährden, sollen vielmehr die verschiedenen und komplizierten Eigentumsansprüche ruhen, solange die Stiftung dem Gründungszweck entsprechend arbeitet. Gerade darin liegt ein wesentlicher Zweck der Stiftung.

Dies gilt besonders für die Bibliothek des ehemaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung und die Bibliothek der Johannes-Sassenbach-Stiftung, wo neben den Eigentumsrechten der Einbringer in die Stiftung möglicherweise auch Eigentumsansprüche Dritter beachtet werden müssen. Da diese Bibliotheken bereits als Archivbibliotheken für das Schrifttum der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung gegründet wurden, sollten sie den festen Kern der Stiftung bilden.

Auch arbeitskräfte- und kostenmäßig wäre eine Zusammenlegung oder Mischung der Bestände mit gleichzeitiger Aussonderung von Dubletten nicht vertretbar. Allein um zahlenmäßig festzustellen, wieviel Dubletten im Bestand vorhanden sind, wären etwa 40 000 Arbeitsstunden notwendig. Dabei wäre noch nicht einmal geklärt, ob es sich wirklich um alle Dubletten handelt und ob fehlende Exemplare als Verluste abzubuchen sind. Gibt es darunter Exemplare mit Widmungen oder anderen Besonderheiten, müßte m.E. deshalb u.a. an Hand der einzelnen Exemplare entschieden werden, ob es sich um notwendige, vertretbare oder um verzichtbare Dubletten handelt. Wird festgestellt, daß Dubletten entbehrlich sind, so ist als erstes die Aussonderungsgenehmigung vom Eigentümer sowie von denen, die Eigentumsansprüche stellen, einzuholen. Weiterhin sind nicht nur Stempel und Signatur im Buch rechtskräftig zu löschen, sondern auch die Eigentumsnachweise in den Akzessionsunterlagen. Es müssen weiter sämtliche Angaben über dieses Exemplar in den Alphabetischen und Sachkatalogen gelöscht werden. Schließlich müßten auch die einzelnen Zentralkataloge, in denen das Exemplar verzeichnet ist, über die Streichung informiert werden. Es ist also ein Arbeitsaufwand für die Aussonderung einer Dublette notwendig, der mit weit über einer Arbeitsstunde je Exemplar sicherlich eher zu niedrig als zu hoch angesetzt ist. Eine solche Überprüfung und Aussonderung kann wegen des großen Arbeitsaufwandes bei der beschränkten Mitarbeiterzahl nur in Ausnahmefällen erfolgen, wenn unvertretbar umfangreiche Dublettenbestände zu vermuten sind, die beträchtliche Stellflächen im Magazin beanspruchen. In derartigen Fällen ist sicherlich auch eine einvernehmliche Lösung zwischen Eigentümer und Stiftung zu erreichen.

Insgesamt sollte man sich aber auf die schnelle Bearbeitung noch nicht inventarisierter Bestände konzentrieren, die z.B. allein in der Bibliothek des ehemaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung einen Umfang von etwa 100 000 Bänden haben, unter denen sich vermutlich zahlreiche Dubletten, aber auch manche wertvolle Einzelstücke befinden. Voraussichtlich könnte durch eine beschleunigte Aufarbeitung dieser Bestandteile nicht nur verhältnismäßig schnell Stellraum geschaffen werden. Auch ungewollte Doppelerwerbungen aus Antiquariaten ließen sich so verhindern. Da die Aussonderung eines Titels meist mehr Aufwand erfordert als eine Einarbeitung, sollte die Bearbeitung der noch nicht inventarisierten Bestände auch aus diesem Grund Vorrang genießen.

Bei den Überlegungen zur künftigen Arbeit der Bibliothek sollte weiterhin beachtet werden, daß Bibliotheken vor allem für ihre Nutzer da sind. Bei einer derzeitigen Nutzerfrequenz des Lesesaals der Bibliothek des früheren IfGA von 20 - 30 Lesern täglich muß deshalb alles getan werden, um die Öffnungszeiten der Benutzungseinrichtungen auch künftig zu sichern und auf keinen Fall einzuschränken. Es sollten vielmehr durch noch bessere Ausstattung mit Vervielfältigungstechnik u.ä. die Leistungen der Bibliothek erhöht werden.

Der wertvolle, in der Vollständigkeit der Sammlungen oft einmalige Bestand, der in die Stiftung eingebracht wird, sein Alter, Wert und Erhaltungszustand machen es notwendig, auch weiterhin dem Kulturgutschutz und der Altbestandspflege große Aufmerksamkeit zu widmen, damit das Material auch noch späteren Forschergenerationen zur Verfügung steht. Auch unter diesem Gesichtspunkt sollte an die Abgabe von Duplikaten mit großem Verantwortungsbewußtsein herangegangen werden.

Eine wichtige Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit einer wissenschaftlichen Bibliothek ist es, daß ihre Mitarbeiter selbst wissenschaftlich tätig werden und die Ergebnisse ihrer Arbeit veröffentlichen. Die mit viel Mühe bisher geleistete bibliographische und publizistische Arbeit sollte - auch wenn dies nicht einfach sein wird - vielleicht unter Einbeziehung ehemaliger Mitarbeiter unbedingt fortgeführt werden.

Sicherlich gibt es noch zahlreiche weitere Anregungen für die künftige Arbeit der Stiftungs-Bibliothek, die alle ihre Bedeutung haben, doch sollte hier der Bogen nicht zu weit gespannt werden, da die Aufgaben auch realisierbar bleiben müssen. Wenn es gelingt, den Kern der hier fixierten Gedanken in praktische Arbeit umzusetzen, wäre für die Zukunft der Bibliothek schon viel erreicht.

Str.

Ende der Zitterpartie - Treuhand zahlt weiter

Man schrieb Dienstag, den 31. März, und es war kurz vor High noon. Gregor Gysi stand mit dem Rücken zur Wand. Allenfalls eine gute Stunde hatte er gerade noch, bis die Treuhand anrufen würde, und dann mußte er sich entscheiden. Im Prinzip war seine Marschroute abgesteckt. Sofern die Finanzlage nicht umgehend positiv geklärt werden konnte, hatte allen Mitarbeitern des "Verbundes" noch am 31.3. zum 30. Juni vorsorglich gekündigt zu werden. So und nicht anders hatte es der PDS-Vorstand am Montagabend beschlossen. Inzwischen jedoch waren Polizei und Staatsanwaltschaft im Parteiarchiv als Schocktherapeuten tätig geworden, und da widerstrebte es Gysi um so mehr, den Mitarbeitern nun auch noch den Tord einer Kündigung anzutun.

Die Minuten vergingen, der kleine Zeiger stand weit hinter der Eins. Die Zigarettenstummel im Aschenbecher türmten sich. Schließlich, gegen 2 Uhr, hatte Gysi endlich die Treuhand am Hörer. Ihr Dr. B. übermittelte auftragsgemäß, daß seine Anstalt und desgleichen die Unabhängige Kommission einer Finanzierung des Verbundes über den 30.6. hinaus nicht zustimmen würden. Die Würfel waren gefallen, die Gesichter der Umstehenden lang. Nun aber sollte sich wieder die Richtigkeit jener tiefen Einsicht erweisen, die Gysi vor Jahren seinem damaligen Mandanten Rudolf Bahro und dieser hinwiederum Friedrich Hölderlins gehaltvollem OEuvre verdankte: Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch. In Gestalt des Chefs der Projektgruppe Archive war das Rettende diesmal leichtfüßig aus dem Urlaub herbeigeeilt und okkupierte nun fast alle hauseigenen Telefondrähte. Am Ende seiner Intervention hob er die Rechte zum Schwur, ohne dabei die Linke allzu auffällig hinter dem Rücken zu bergen. Ein Bonner Edelmann, so beteuerte er, sei risikofreudig gewillt, eine Garantie der Anschlußfinanzierung auf die eigene Kappe zu nehmen.

Gregor Gysi schluckte. Und bemühte sich vergebens, noch tiefer zu inhalieren. Sollte er nun kündigen oder sollte er nicht. Ärger mit dem Parteiar-

chiv war ihm ohnehin schon bis zum Überdruß beschieden gewesen. Ganz zu Beginn, als das Gegenteil noch nicht strafbar war, hatte er sich dem Ansinnen versagt, bestimmte Aktenkomplexe in das Exil nach Moskau jetten zu lassen oder sie wenigstens in den Reißwolf zu katapultieren. Später dann, kurz vor der Bundestagswahl, war er ein weiteres Mal standhaft geblieben. Er weigerte sich strikt, aus vollem Aktenfundus politische delikate Leseproben in Umlauf zu bringen. Gelohnt wurde ihm das alles mehr schlecht als recht. Und nun sollte er sich auch noch ohne greifbares Halteseil, nur auf eine mündliche Äußerung hin am Rande des Abgrunds weiterbewegen? Falls er danebentrat, schlug das beim Neuvermögen der PDS mit dem Kavaliersdelikt von womöglich anderthalb Millionen zu Buche. Bei dem Gedanken, seinen Vorstandsgenossen unter solchen Umständen im Lichtkleid einer freihändigen Zusage unter die Augen treten zu müssen, verspürte Gregor erst einmal den unabweisbaren Drang, seinen Nikotinspiegel erneut um einige Dezibel in die Höhe zu treiben. Schließlich aber gewann der Glaube an die Menschheit in ihm die Oberhand. Vom Adel seiner Seele getrieben, ließ er die Kündigungsorder stornieren. Weil jedoch himmlischer Lohn der guten Tat noch immer nicht auf dem Fuße zu folgen pflegt, ereilten ihn tags darauf die nachstehenden Zeilen:

"Sehr geehrter Herr Dr. Gysi,

wie Ihnen bereits <...> telephonisch mitgeteilt wurde, lehnt die Treuhandanstalt die Freigabe treuhänderisch verwalteten Vermögens für Mitarbeiter des Parteiarchivs (Archiv, Bibliothek und technische Werkstätten) über den 30.6.1992 hinaus vorerst ab, da das erforderliche Einvernehmen der Unabhängigen Kommission nicht vorliegt. Sollte sich in dieser Angelegenheit etwas ändern, wird Sie die Treuhandanstalt unaufgefordert informieren.

Mit freundlichen Grüßen"

Die Tage verstrichen, und mit jeder Woche, die ohne erlösende Nachricht verrann, gruben sich neue Spuren des Alters in Gregor Gysi vordem noch so jugendfrisches Gesicht. Während die Hetzpresse mit konsternierten Artikeln über die üppige Manager-Versorgung der Treuhand den Neidkomplex schürte, begann er klaglos, die ersten Sparpfennige beiseite zu legen. Irgendwann in der zweiten Maihälfte wurde ihm dann unter der Hand aus Bonn die Kunde zuteil, daß die bewußte Anstalt den "Verbund" inzwischen längst weiterzufinanzieren gedenke. Da aber hatte sein Glaube an die Menschheit bereits irreparablen Schaden erlitten. Selbst der eindeutig positive Treuhandbescheid vom 10. Juni hat dieses Gebrechen nur unzureichend kaschiert. Über seine Furcht vor dem Armenhaus zwar weiß selbst Gregor Gysi inzwischen milde zu lächeln. Am tragischen Impetus seiner weiteren Existenz ändert das nach Auffassung engerer Freunde aber nichts. Bis zum Beweis des Gegenteils steht der Name Gregor Gysi bei ihnen fortan in einer Sonderrubrik: Seelenadel im Untergang.

Lynx

Noch einmal davongekommen: ADN-Bildarchiv

Insider auf dem Börsenparkett hielten den Atem an: Bolko Hoffmann, Herausgeber des "Effecten-Spiegel" ("Das Journal für den Aktionär") und großmühtiger Kämpfer gegen das Finanzkapital, war bei der Presseagentur ADN eingestiegen. Das ließ einiges erwarten, denn Hoffmann genießt als Daueranleger einen nachgerade schon spektakulären Ruf. Die Liste derer, mit denen er

sich angelegt hat, weist klangvolle Namen auf: Uraltbankier Hermann Abs etwa, Deutschbanker Cartellieri, "Spiegel"-Rudis Bruder Augstein ("in eines der wohl dubiosesten Abschreibungsobjekte der Nachkriegszeit" verwickelt) und schließlich Hoffmanns Langstreckengegner, der "Spiegel" selbst, von dem er zur Zeit mal eben Schadensersatz in Millionenhöhe einklagt, nur weil der "so dämlich ist, nicht einmal eine Liquidation von einem Konkurs unterscheiden zu können". Befürchtungen, Kühnling Bodo würde fortan auch im Bildarchiv von ADN nach dem Rechten sehen, das besonders mit seinem Altbestand für den Historiker der Arbeiterbewegung von erheblicher Bedeutung ist, haben sich als gegenstandslos erwiesen. Unser Spezialreporter berichtet:

Ließe es sich rücksichtslos vermarkten oder verkaufen, hätte der neue Inhaber der ostdeutschen Nachrichtenagentur ADN sicher gerne auch das Bildarchiv der einstigen DDR-Staatsagentur geschluckt. Doch ADN-Übernehmer Bolko Hoffmann, bereits Kontrolleur des Deutschen Depeschendienstes (ddp), REP-Freund und laut SPIEGEL "ein erfahrener Zocker", konnte und wollte wohl nicht. Auch der Umstand, daß die Sammlung inzwischen - auf Antrag von Berlins Kultursenator Ulrich Roloff-Momin - in das "Gesamtverzeichnis national wertvollen Kulturgutes und national wertvoller Archive" eingetragen wurde, dürfte mit daran schuld sein. Nun harrt das ADN-Bildarchiv, stationiert an der Berliner Mollstraße, seiner geplanten Übernahme ins Bundesarchiv. Als Termin dafür wurde der 1. August ins Auge gefaßt. Dem Vernehmen nach laufen derzeit noch Verhandlungen über die künftige Finanzierung des Archivs. Ungeklärt ist bislang auch, wie mit den Urheberrechten der Autoren - von denen einige bereits Beistand bei der IG Medien gesucht haben - umgegangen werden soll.

Eine vernünftige Lösung jedenfalls scheint dringend geboten. Immerhin handelt es sich beim ADN-Bildarchiv, in dem ca. sechs Millionen Fotos lagern, um die umfangreichste aus der DDR überkommene Sammlung von Bilddokumenten. Sie setzt ein in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, reicht so also bis zu den Ursprüngen der Pressefotografie. Die Einrichtung in der Mollstraße besitzt nämlich drei Viertel des ehemaligen Scherl-Archivs, das 1945 sowjetischen Truppen in die Hände gefallen und dann der Fotoagentur "Illus" vom Berliner Verlag und später Zentralbild übereignet worden war. Dabei handelt es sich um Bestände, die man 1944 in einem Bunker versteckt hatte. Das restliche Viertel, das aus Platzmangel an einem anderen Ort lagerte, wurde auf "ungeklärter Grundlage" (Archivleiter Heinz Koch im "Tagesspiegel" v. 29.12.1991) an die "Süddeutsche Zeitung" verkauft. Zum in Berlin Verbliebenen zählen u.a. die 120 000 bis 150 000 Fotos der NS-Propagandakompanien, die in der Scherl-Sammlung archiviert worden waren.

Den Löwenanteil des heutigen Bestandes machen zwischen 1945 und 1990 in der SBZ bzw. DDR entstandene Fotos aus - produziert oder angekauft von der Agentur Zentralbild, die seit 1956 zum ADN gehörte. Abgesehen von ihrem dokumentarischen Wert, der sicher keiner Hervorhebung bedarf, dürften diese Archivalien (selbstverständlich gekoppelt mit den Kenntnissen derer, die an ihrer Entstehung und Archivierung beteiligt waren) in ihrer Gesamtheit ein einzigartiges Studienfeld zur Geschichte des Fotojournalismus in der DDR bieten.

Mit der Abkopplung der Zentralbild-Agentur vom ADN und deren Übernahme durch dpa wurde die Sammlung 1990 abgeschlossen. Nach Auskünften von Ar-

chivmitarbeitern - von den einst 35 Beschäftigten arbeiten dort jetzt noch 12 - sei mit dem Bundesarchiv bereits Einvernehmen erzielt worden, den Bestand auch künftig voll verfügbar zu halten. Das sage man auch den Kunden, die "natürlich immer wieder besorgt nachfragen". H.Be.

Kulturbund-Archiv - Zukunft geklärt

Das Archiv des ehemaligen Kulturbundes, seit 1990 im Besitz der Organisation Kulturbund e.V., wird zum Jahreswechsel in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" eingegliedert werden. Als Endarchiv ist es zuständig für das dienstliche Schriftgut des Bundessekretariates bzw. der Bundesleitung des Kulturbundes. Es dokumentiert die Geschichte und die Tätigkeit des 1945 in Berlin gegründeten Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands - seit 1958 Deutscher Kulturbund und ab 1972 bis Anfang 1990 Kulturbund der DDR -, gibt Aufschluß über Aspekte der Kultur- und Kommunalpolitik der DDR sowie über die Tätigkeit der Volkskammerfraktion des Kulturbundes.

Das Archiv wurde 1978 als "Zentrales Archiv des Kulturbundes" eingerichtet mit dem Ziel, die Erforschung der Geschichte des Kulturbundes zu gewährleisten, sein kulturelles Erbe zu bewahren und zu nutzen. Trotz der Stellung als Zentralarchiv war das dienstliche Schriftgut der Bezirks- und Kreisleitungen des Kulturbundes nicht Sammelgegenstand. Der relativ späte Zeitpunkt der Gründung des Archivs sowie die bis dahin unzulängliche Aufbewahrung und der mitunter willkürliche Umgang mit Archivgut führten zu etlichen Lücken in der Überlieferung, besonders aus den Jahren 1945 bis 1955.

Das Archiv gehört zur Bundesgeschäftsstelle des Kulturbundes e.V. und befindet sich in 1080 Berlin, Jägerstr. 1 sowie in 1160 Berlin, Rathenaustr. 21. Derzeit wird es von einer Mitarbeiterin (ABM) betreut. Die Bestände und Sammlungen stehen allen Interessenten zur Verfügung, Benutzungswünsche können unter Angabe des Themas schriftlich an die Adresse Jägerstr. gerichtet oder telefonisch unter 22 02 991 vereinbart werden. Ein Teil der Bestände ist jedoch, da noch unbearbeitet, gegenwärtig nicht benutzbar.

Neben dem umfangreichen Aktenbestand (ca. 500 lfm) werden im Archiv auch vom Kulturbund herausgegebene Druckschriften, Plakate, Faltblätter und Kataloge, Bild- und Tondokumente, Abzeichen und Urkunden sowie Nachlässe und Teilnachlässe gesammelt. Ein Sonderbestand enthält Restakten des Deutschen Klubs von Berlin und Reste von dessen Bibliothek. Ein sehr kleiner Teil des Bestandes dokumentiert die Vorgeschichte des Kulturbundes, also die Exilgründungen in England, Schweden und Mexiko.

Der Aktenbestand ist etwa zur Hälfte unbearbeitet, der bearbeitete Teil ist nach Herkunft und zeitlichem Umfang geordnet und in Karteien verzeichnet:

1. Bundestage/Bundeskongresse

Das oberste Organ des Kulturbundes war laut Satzung der Bundestag/Bundeskongreß, der den Präsidialrat, den Präsidenten und die Zentrale Revisionskommission wählte. Bundestage/Bundeskongresse wurden von 1947 bis 1954 alle zwei, danach alle fünf Jahre einberufen. Stenographische Protokolle sind ab V. Bundeskongreß 1958 vollständig vorhanden, bis dahin lückenhaft. Das gleiche trifft zu für vorbereitendes Material, Schriftwechsel, Diskussionsbeiträge, Statistik und Berichterstattung.

2. Präsidialrat, Präsidium und Sekretariat des Präsidiums

Der Präsidialrat, oberstes Organ des Kulturbundes in der Zeit zwischen den Bundeskongressen, war für die Arbeit des Kulturbundes im Sinne der Beschlüsse des Bundeskongresses verantwortlich. Seine Sitzungsprotokolle sind aus den ersten Jahren der Existenz des Kulturbundes unvollständig, seit den 50er Jahren lückenlos vorhanden. Dazu gehören auch Schriftwechsel mit Präsidialratsmitgliedern, vorbereitendes Material, Beschlüsse sowie Sitzungsunterlagen der Parteigruppe des Präsidialrates.

Das vom Präsidialrat gewählte Präsidium setzte sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, Bundessekretären und weiteren Mitgliedern zusammen und leitete die Organisation zwischen den Tagungen des Präsidialrates. Die Protokolle der Präsidiumssitzungen, die verbindlichen Beschlüsse des Sekretariates des Präsidiums und die Protokolle der Sekretariatssitzungen geben Aufschluß über die Leitungstätigkeit des Kulturbundes. Sie verdeutlichen auch, in welcher Weise der Kulturbund, wie andere Massenorganisationen, vom Zentralkomitee der SED gesteuert und beeinflusst worden ist. - Die Sekretariatsprotokolle und -beschlüsse sind seit 1960 lückenlos im Archiv vorhanden. - Das Schriftgut der Präsidenten des Kulturbundes befindet sich fast ausschließlich in Spezialarchiven (z.B. Johannes-R.-Becher-Archiv).

3. Schriftgut des 1. Bundessekretärs, der anderen Bundessekretäre und der Fachabteilungen des Bundessekretariates wird zur Zeit eingearbeitet. Ein detailliertes Verzeichnis gibt es dafür noch nicht.

4. Überlieferungen der Zentralen Kommissionen des Präsidialrates (z.B. Kunst und Literatur, Wissenschaft, Vivaristik, Revisionskommission), der Gesellschaften (Gesellschaft für Natur und Umwelt, Heimatgeschichte, Denkmalpflege) und Verbände (Philatelistenverband, Esperantoverband) nehmen großen Raum ein, sind aber gegenwärtig noch nicht voll benutzbar.

5. Schriftwechsel mit den Mitgliedern der Kulturbundfraktion der Volkskammer sowie mit den Mitgliedern des Kulturausschusses der Volkskammer sind mit dem Schriftgut des 1. Bundessekretärs überliefert und geben ansatzweise Auskunft über diesen Aspekt der Tätigkeit des Kulturbundes. Protokolle von Volkskammersitzungen hingegen befinden sich nicht im Archiv.

Die Sammlung von Druckschriften umfaßt die vom Kulturbund herausgegebenen Periodika, so z.B. die Wochenzeitschrift "Sonntag", "Aufbau" (leider nur unvollständig), zahlreiche Veröffentlichungen der Gesellschaften und Verbände, die Funktionärsorgane "Die Aussprache" und "Mitteilungsblatt", Vortragsreihen und Broschüren mit unterschiedlichen Themen. Dazu gehören auch Plakate, Faltblätter, Ausstellungskataloge sowie gedruckte Programme der Kulturbund-Klubs und anderer Organisationseinheiten.

Tonbandaufzeichnungen von Beratungen, Tagungen und öffentlichen Veranstaltungen des Kulturbundes sind ebenfalls vorhanden. Die Fotodokumentation enthält ca. 1 000 Schwarz-Weiß-Fotografien, die chronologisch und sachbezogen geordnet sind.

B. Fi.

"Nacht- und Nebelaktion" droht Militärarchiv Potsdam

Der folgende offene Brief wurde von 36 Mitarbeitern des Militärgeschichtlichen Instituts unterzeichnet. Die Redaktion

Ab Mitte Juni sollen die Aktenbestände des Bundesarchivs/Militärisches Zwischenarchiv Potsdam nach Freiburg verlagert werden. Wir, Historiker des Militärgeschichtlichen Instituts, protestieren auf das energischste gegen den geplanten Abtransport der Archivbestände bereits im Vorfeld politisch, kulturhistorisch und wissenschaftsstrategisch durchdachter Grundsatzentscheidungen. Mit der jetzigen Überführung der Akten würden unweigerlich Tatsachen geschaffen, die die anstehenden Entscheidungen weiter verkomplizieren oder einseitig beeinflussen.

Der Archivbestand in und um Berlin ist historisch gewachsen. Hier lagert bislang alles zur Aufarbeitung brandenburgisch/preußischer und vor allem auch zur DDR-Geschichte erforderliche Archivgut. Die Militärpolitik der SED oder die Entwicklung der NVA sind als Bestandteil einer gesamtstaatlichen Konzeption eben nicht ohne die Materialien des Zentralen Parteiarchivs der SED und der Archive der Blockparteien und Massenorganisationen sowie der Quellen des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam aufzuarbeiten. Eine derartige günstige Infrastruktur von Archiven und Bibliotheken gibt es derzeit nur im Berliner Raum.

Wird aus diesen Archivbeständen aus Prestige Gründen ein Teil herausgelöst, so behindert das nicht nur die allseitige Aufarbeitung der Militärgeschichte der SBZ/DDR, sondern auch die der Geschichte dieses Teils Deutschlands überhaupt. Die mit der Umlagerung notwendig verbundene zeitweilige Sperrung und Katalogisierung der Akten gefährdet ernsthaft die anstehende Erarbeitung der Geschichte und Vorgeschichte der NVA. Mit der ebenfalls vorgesehenen Verbringung der von der damaligen Staatlichen Archivverwaltung der DDR angekauften Filmkopien von Reichswehr- und Wehrmachtsakten nach Freiburg - dort lagern übrigens die Originale - werden Forschungen beliebiger Institutionen zur Weimarer Republik und zum Dritten Reich im Raum der Hauptstadt wesentlich erschwert. Mit der Vereinigung sind neue Tatsachen und Bedürfnisse entstanden, die im Rahmen der Verantwortlichkeit des Bundesarchivs Koblenz neue Konzepte für eine föderale Archivstruktur erfordern.

Welchen Sinn macht eigentlich die kostspielige Umlagerung der NVA-Bestände oder der zur brandenburgisch-preußischen Geschichte nach Freiburg? Während in Freiburg neue Lagermöglichkeiten geschaffen werden müssen, stehen diese in Potsdam zur Verfügung. Das schlägt zusätzlich zu den immensen Transportkosten zu Buche! Hat das Innenministerium so viel Geld? Wie stehen die Urheber der geplanten Aktion zur gemeinsamen Verantwortung der Historiker und Archivare für die Aufarbeitung der Geschichte nach 1945? Wem nützt jenes Vorhaben? Politiker haben sich noch nicht geäußert! Die Meinung von Historikern hat niemanden interessiert!

Umgekehrt käme wohl niemand auf die Idee, etwa Akten zur bayerischen Militärgeschichte oder der Bundeswehr vor 1989 in den Berliner Raum zu verlagern. Offenkundig stehen auch Fragen des Umgangs mit kulturellem Erbe zur Diskussion. Gehört nicht Archivgut in den Raum seiner Provenienz? Die Verwahrung von Archivgut kann sich heute nicht nur und nicht ausschließlich auf den möglicherweise engen Rahmen einer Sachentscheidung gründen. Sie ist

in unserer sensibilisierten Zeit unweigerlich eine Frage von politischer Brisanz.

Begründete Vorschläge für eine bessere Lösung der Archivfrage und Standortverteilung innerhalb des Verantwortungsbereiches des Bundesarchivs sind vorhanden! In welcher Schublade liegen sie unbeachtet?

Wir protestieren gegen die geplante "Nacht- und Nebelaktion" und fordern eine komplexe Prüfung der vorstehend angesprochenen Aspekte sowie eine definitive Festlegung der Standortfrage für das Archivgut des ehemaligen Militärarchivs der DDR vor Auslagerung der Akten.

Potsdam, den 26.05.1992

Landesparteiarchive und föderales Bewußtsein

Bemerkenswertes, ja Merkwürdiges geschieht augenblicklich bei der Landesarchivgesetzgebung in den seit 1990 zur Bundesrepublik Deutschland gehörenden Ländern und bei der einigenorts dort ins Auge gefaßten Behandlung des zeitgeschichtlich besonders interessanten Schatzes der Archivalien von Parteien und Massenorganisationen der DDR, zum Beispiel in den Landesparteiarchiven.

Die Bundeslösung ist bekannt: Unter dem Namen "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" wird im Bundesarchiv eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Nun könnte man sich ja vorstellen - und einen darauf hinauslaufenden Antrag hat die Fraktion Linke Liste/PDS im Thüringer Landtag Anfang April 1992 gestellt -, die entsprechenden Unterlagen aus den Ländern in besagte Stiftung einzubringen, wobei sie in den Staatsarchiven des Landes zu deponieren und zu bearbeiten wären. Angewandt würde die der Novelle zum Bundesarchivgesetz vom 28. März 1992 zugrundeliegende differenzierte Eigentumsauffassung, daß es da a) die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben betreffende Unterlagen gibt, die der Bund als sein Eigentum betrachtet und als Stiftungsvermögen der Stiftung überträgt, und daß wir es b) mit anderen Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbeständen zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu tun haben, die damit in historischem oder sachlichem Zusammenhang stehen und die im Falle von Archiv und Bibliothek der einstigen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands heute Eigentum der PDS sind und von ihr als Eigentümerin durch gesonderte Vereinbarungen in die Stiftung eingebracht werden.

Ein der CDU angehörender Landtagsabgeordneter namens Meyer faßte diesen Antrag so auf, als wolle die antragstellende Fraktion auf diese Weise mit ausgeklügelter Hinterlist Archivalien aus Erfurt, Suhl und Gera statt nach Weimar, Meiningen und Rudolstadt ins ferne Koblenz verfrachten, um sie dort in einem möglichst tiefen Keller auf Nimmerwiedersehen verschwinden zu lassen. Obwohl alle mit dieser Materie Vertrauten wissen, daß die Meyersche Lesart Humbug ist, muß festgestellt werden: Ihr schloß sich der in Thüringen für das Ressort Wissenschaft und Kunst zuständige Landesminister Dr. Fickel, F.D.P., an. Er verwies dabei auf föderales Bewußtsein, von dem er wohl annahm, seines sei stärker entwickelt.

Außer Föderalem brachte er noch etwas anderes zu Gehör, etwas, von dem schwer zu sagen ist, ob es sachlich und emotional genau getroffen wird, wenn man es Aneignungssucht nennt. Auf jeden Fall handelt es sich um das Streben, den Archiveigentümern in Thüringen, soweit es sich um Archive von Gliederungen der Parteien und Massenorganisationen handelt, mehr zu entwinden, als durch Bundesgesetz vorgesehen.

Was das föderale Bewußtsein betrifft, so gerät es jetzt in die Lage, geprüft zu werden wie der sprichwörtliche englische Pudding beim Essen. Es muß sich in der Praxis erweisen. Erstens beim Finden einer Rechtsform, zweitens bei den Finanzen. Unlösbar erscheint weder das eine noch das andere Problem. Bei der Rechtsform kann die Bildung einer unselbständigen Stiftung im Thüringer Hauptstaatsarchiv angesteuert werden. Bei den Finanzen wären Mittel in den Landeshaushalt einzustellen, die sachlichen Unterhalt und wissenschaftliche Arbeit einschließlich einer Mindestanzahl die Archivalien betreuender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern. Ohne derartige Entscheidungen müßten die in Rede stehenden Archive geschlossen werden bzw. ihre Bestände würden für die wissenschaftliche Arbeit nicht zur Verfügung stehen können. Wir bekämen es also praktisch mit einer neuen Variante der Zweidrittel-Eindrittel-Relation in der Gesellschaft zu tun: mit einer Föderalbewußtseinssparflamme des reinen Gefühls-Drittels.

Die "Hand" des jeweiligen Landes möge auf den Schätzen der Landesparteiarchive nicht um bloßer Symbolik willen r u h e n, sondern sich im Interesse lebhafter Benutzbarkeit und Benutzung der Archivalien durch die interessierten Forscherinnen und Forscher rege b e w e g e n. K. Hö.

Mikrofiche-Edition Bibliothek Stein vor dem Abschluß

Mit dem Erscheinen der letzten Quartalslieferung im Spätsommer 1992 tritt das Projekt "Bibliothek Stein Mikrofiche-Edition" in seine abschließende Phase ein: An den zweibändigen gedruckten Gesamtkatalog der Bibliothek, der zum Jahresende publiziert werden soll, wird letzte Hand angelegt.

Bei der Bibliothek Stein handelt es sich um die größte private Sammlung zur Geschichte des Sozialismus. Sie umfaßt Werke zur Theorie des Sozialismus sowie zur politischen und organisatorischen Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Schwerpunkt liegt auf dem in Deutschland und Mitteleuropa erschienenen Schrifttum seit Marx und Engels und seit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) im Jahre 1863. Auch die Arbeiterbewegung des Auslands ist weitgehend vollständig dokumentiert: sowohl mit deutschen als auch mit ausländischen Schriften, letztere meist ins Deutsche übersetzt.

Daß die Sammlung des Sozialdemokraten Max Stein (1871-1952) in Berlin den Krieg unversehrt überstanden hat, ist einer Reihe von glücklichen Umständen zuzuschreiben. Wie durch ein Wunder blieben das Haus und die Sammlung Steins verschont, und dies obwohl das angrenzende Mietshauskarree vollständig ausbrannte. Zu einem späteren Kriegszeitpunkt wurde die gesamte Bibliothek beschlagnahmt, da es aber keine Transportmittel mehr gab, blieb die Sammlung an ihrem Platz. Max Stein mußte lediglich unterschreiben, daß er weder die Bibliothek noch Teile daraus verkaufen, verborgen oder verlagern würde. Als der Krieg vorbei war, hörte die Sorge um die Erhaltung der Bi-

bibliothek Stein nicht auf, da in diesen unruhigen Zeiten häufig geplündert wurde.

Nach dem Tode Max Steins ging die Sammlung in den Besitz der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin über. Solange die noch erheblich reichhaltigeren Spezialbestände im östlichen Teil der gespaltenen Stadt für Interessenten "aus dem kapitalistischen Ausland" normalerweise nicht zugänglich waren, erfüllte die Sammlung in West-Berlin die Funktion der zentralen bibliothekarischen Forschungsbasis für das Gebiet Geschichte der Arbeiterbewegung. Dies galt in erhöhtem Maße zur Zeit der Studentenunruhen während der sechziger Jahre.

Aus bibliophiler Sicht sind die zahlreichen Erstausgaben sozialistischer Klassiker von bedeutendem Wert. Für die Forschung hingegen ist das Urheberschrifttum von Organisationen der Arbeiterbewegung besonders wichtig. Ein großer Teil dieses Urheberschrifttums entfällt auf Veröffentlichungen regionaler und lokaler Verbände, örtlicher Arbeitersekretariate und lokaler Genossenschaften sowie Splittergruppen usw. Diese Materialien gehören zum wertvollsten Bestand der Bibliothek Stein und waren früher teilweise bibliographisch nicht zu ermitteln. Die Neubearbeitung der gesamten Sammlung ist im Rahmen des von Dr. W. Krimpenfort wissenschaftlich geleiteten und von Prof. Dr. W. Liebich als Berater unterstützten DFG-Projektes "Dokumentation Historische Sozialismusforschung" Anfang 1990 abgeschlossen worden. Noch im selben Jahr begann die Herausgabe der Mikrofiche-Edition, die ca. 2 400 Titel bzw. 400 000 Seiten umfaßt. Die Edition ist nach folgenden systematischen Hauptgruppen ausgerichtet: Theorie des Sozialismus und der sozialen Bewegungen, Politische Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Geschichte der Arbeiterklasse, Arbeiterbewegung, Arbeiterkultur und Arbeiterkulturbewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung und Genossenschaftswesen, Unternehmerverbände und Unternehmer usw.

Im ersten Band des in Vorbereitung befindlichen Gesamtkataloges ist der systematische Hauptteil enthalten sowie ein Autoren- und Sachtitelregister. Der zweite Band enthält verschiedene Schlagwortregister, unter anderem zu Personen, Organisationen, Orten und Regionen. Die bibliographischen Angaben werden durch Hinweise auf den Umfang der einzelnen Mikrofiche-Titel ergänzt.

Kt-Mi

Weitere Auskünfte durch: Dr. Wilhelm Krimpenfort, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut 6, Malteserstraße 74, W-1000 Berlin 46; Tel.: 7792, App. 447.

Informationsvermittlungsstelle Osteuropa

Das Bonner Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. hat zu Jahresbeginn eine Berlin-Abteilung eröffnet. Anlaß der Gründung waren "die politischen und sozialen Umbrüche in Osteuropa, die nunmehr Möglichkeiten für die Entwicklung multilateraler Kooperationsbeziehungen zwischen ost- und westeuropäischen Einrichtungen der sozialwissenschaftlichen Infrastruktur erschließen".

Als Bestandteil der "Außenstelle der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher

Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS)" möchte die neue Abteilung den Informationsaustausch für die sozialwissenschaftliche Forschung, Lehre und sozialpolitische Praxis fördern. Hierbei kann die Institution auf Kontakte von Mitarbeitern der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR zu sozialwissenschaftlichen Informationszentren u.a. in Moskau, Warschau, Prag, Preßburg (Bratislava), Budapest und Sofia zurückgreifen. Ziel dieser Bemühungen ist es, "ein kompetentes Ost-West-Kooperationsnetz sozialwissenschaftlicher Forschungs- und Infrastruktureinrichtungen zu errichten". Die innerhalb der Abteilung Berlin im Aufbau befindliche Informationsvermittlungsstelle Osteuropa (IVO) "versteht sich als künftige Drehscheibe der Kommunikation zwischen Sozialwissenschaftlern aus Ost und West und allen an diesem Wissensgebiet Interessierten".

Zum Leistungsspektrum für Nutzer in Osteuropa gehören:

Auftragsrecherchen in den Datenbanken SOLIS und FORIS mit über 170 000 deutschsprachigen Literatur- und Forschungsnachweisen und in weiteren nationalen und internationalen Datenbanken;

Unterstützung bei der Einrichtung von Online-Zugriffsmöglichkeiten und/oder CD-ROM-Stationen in osteuropäischen Informationszentren, Universitäten usw.;

Nutzerschulung für die Datenbanken SOLIS und FORIS;

Vermittlung von Partnern für die Forschungskooperation zwischen Deutschland und Osteuropa für gemeinsame Forschungsprojekte, Lehrveranstaltungen oder Forscheraustausch.

Nutzern in Deutschland und Westeuropa bietet die IVO folgende Leistungen an:

Verzeichnisse, Publikationen, Auskünfte über: Forschungsergebnisse, Forschungsprofile, Institutionen, Datenbankprofile, Experten, Tagungen, Zeitschriften, Kontaktadressen;

Angebote zur Nutzung von Informationsleistungen der Informationszentren Osteuropas, Auftragsrecherchen in osteuropäischen Datenbanken, soweit Online-Zugriff möglich ist, einschließlich Übersetzungsleistungen;

Auftragsrecherchen in nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Datenbanken für Einrichtungen in Berlin und Umgebung. IZ-Mi

Weitere Auskünfte über: IZ Sozialwissenschaften, Abt. Berlin, Schiffbauerdamm 19, O-1086 Berlin, Tel.: 28 05 193 100.

Tauziehen um Komintern-Archiv

Die Vordenker der "Internationalen Initiative Komintern-Archiv" erwischte es kalt. Von Repräsentanten des Europarats und des Internationalen Archivrats am 11. Mai in Straßburg gerade erst mit dem erbetenen Segen versehen, konnten sie die Kunde aus Moskau wahrlich nur als Tatarennachricht empfinden. Wie "gesicherte Informationen" besagten, sollte ein französisch-russischer Exklusivvertrag über die wissenschaftliche, "technologische" und kommerzielle Ausbeutung des gesamten Komintern-Archivs kurz vor der Unterfertigung stehen. Die vertragschließenden Parteien hätten fast dithyrambisch von einem "neuen Jalta der sowjetischen Archive" gesprochen.

Was da mit Krimsekt zu begießen anstand, war in der Tat kein gewöhnlicher Deal. Die russischen Geschäftspartner hatten angeblich vor, die Rechte zur Veröffentlichung des Komintern-Bestands an die Pariser Vereinsadresse "Mémoire de l'Europe contemporaine" zu verkaufen, über die wiederum zu vernehmen war, daß sie den Bagatellbetrag von 100 Millionen Francs allein für die fünf Jahre der ersten Projektphase aus der Portokasse eines Medienmultis zu bestreiten gedachte. Außer den großen Scheinen und der Parität in ihrem Verein hatte die damals noch weitgehend Unbekannte von der Seine auch noch einiges Kleingeld zu bieten. Der am 11. April in Moskau unterzeichnete Vorvertrag sicherte dem russischen Partner zehn Prozent aus dem Verkaufserlös der geplanten Publikationen zu.

Gegen soviel geballte Kapitalmacht meinte die um Hermann Weber versammelte Konkurrenz mit ihrem von Negt und Kluge erfundenen "Kommunikationsgeld" nicht allzu erfolgreich ankämpfen zu können. "Es muß befürchtet werden", klagte sie niedergeschlagen, "daß durch solche Transaktionen unter Ausschluß der internationalen wissenschaftlichen Öffentlichkeit der freie Zugang, die freie Konsultation und Benutzung der Archivbestände für die nächsten Jahre, wenn nicht für Jahrzehnte erneut eingeschränkt wird. Publikations- oder gar einfache Zitiermöglichkeiten aus den Dokumenten sollen als Bestandteil des Exklusiv-Vertrags gelten." Eine ex cathedra-Erklärung der Gruppe lief auf das Anathema hinaus: "Die Kommerzialisierung und der Abschluß derartiger Verträge schafft Monopole <...>. Er kommt darüber hinaus einem Anschlag auf die Berufsethik von Archivaren, Bibliothekaren und Historikern gleich."

Da bekamen die Russen es aber arg mit der Angst zu tun. Als in der letzten Maiwoche die große Annie Kriegel zur endgültigen Vertragsunterzeichnung an die Moskva düste, stieß sie dort auf eine unüberwindbare Ablehnungsfront. Die Archivbehörden, klagte Mme Kriegel bei ihrer Rückkehr, wollten zwar immer noch, doch in der Regierung, die das Abkommen hätte garantieren sollen, wehe ein gegenläufiger Wind. Dem Wunsch nach großzügiger Öffnung der Archive stünde sie nicht mehr so aufgeschlossen wie noch vor kurzem gegenüber. Es werde sogar kolportiert, daß die Abmachung mit der Hoover Institution "in Frage gestellt" werden solle.

Wenige Stunden nach Redaktionsschluß tritt an diesem 18. Juni in Paris ein Zirkel erlesener Wissenschaftler unter ihrer Grande Dame zur Krisenlage zusammen. "Mme Kriegel, Courtois und andere Kollegen", faxt unser Frankreich-Korrespondent, "möchten versuchen, die Öffentlichkeit gewissermaßen zu mobilisieren, um einen Druck in Richtung totaler Öffnung und Zugänglichkeit des Komintern-Archivs auszuüben. Die Erfahrung einiger Kollegen, die in Moskau gearbeitet haben, zeigt - so wird hier behauptet -, daß Zugänglichkeit und Glasnost nicht gesichert sind. Diese wissenschaftliche Initiative", hebe man in Paris weiter hervor, werde zwar "vorwiegend von Franzosen getragen", sehe sich zu Parallelinitiativen aber durchaus nicht im Gegensatz.

- rz -

Vor neuen Editionsrichtlinien der MEGA

Insgesamt etwa 30 Wissenschaftler aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Rußland, Japan, China und der Schweiz berieten vom 23. bis 28. März

in Aix-en-Provence über die Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²). Die von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) veranstaltete und von Jacques Grandjonc organisierte Tagung befaßte sich u.a. mit dem "Vollständigkeitspostulat", das ursprünglich der "Deideologisierung" dienen sollte. Es wurde Konsens darüber erzielt, daß zwar alles Material erfaßt und zugänglich gemacht, aber nicht notwendigerweise auch in Buchform publiziert werden müsse. Empfohlen wurde die Schaffung eines zentralen Depots für Transkriptionen etc. am Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam.

Aus der Beratung über den Entwurf einer Neufassung der Editionsrichtlinien (ER) sind folgende Ergebnisse hervorzuheben: Die Berücksichtigung bzw. Aufnahme von nicht autorisierten Niederschriften und Drucken, Dubiosa, Aufzeichnungen Dritter sowie Übersetzungen wurde eingeschränkt. Zur III. Abteilung wurde bestimmt, daß sie den gesamten Briefwechsel (die Briefe an Marx/Engels in kleinerem Schriftgrad, u.U. in Regestform; Briefe Dritter an Dritte, die über nicht überlieferte Briefe von/an Marx/Engels informieren, auszugsweise) in chronologischer Anordnung enthalten solle; ferner sollen auch die Widmungen in diese Abteilung aufgenommen werden.

In der IV. Abteilung sollen Exzerpte, Notizen und Marginalien von Marx/Engels "in geeigneter Form (Edition oder Beschreibung), unter Berücksichtigung moderner technischer Publikationsverfahren", veröffentlicht werden, wobei die Exzerpte etc. von Marx und Engels aus dem gleichen Zeitraum künftig getrennt gebracht werden sollen, im Prinzip in chronologischer Anordnung. Die Bestimmung über Mehrfachabdrucke wurde restriktiver formuliert. Irrtümliche Faktenangaben werden künftig nicht im edierten Text, sondern in den Erläuterungen korrigiert bzw. erörtert. Häufig auftretende Varianten können künftig generalisierend wiedergegeben werden. Bei der Darbietung der innerhandschriftlichen Textentwicklung kann die Verzeichnung der Varianten reduziert werden.

Die Einleitung, in der über die Konstituierung des Bandes, seine innere Gliederung, die textkritische Arbeit sowie editorische Entscheidungen Rechenschaft abgelegt wird, erscheint künftig im Apparatteil. - Die neuen ER sollen nach ihrer Annahme durch die Redaktionskommission der IMES noch vor Ende dieses Jahres publiziert werden.

Rj/Mi

BZG erscheint weiter

Nach längerer Pause im Zusammenhang mit der Abwicklung des Berliner Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung wird die Herausgabe der Fachzeitschrift "Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" im September mit dem Erscheinen des Heftes 3/1992 fortgesetzt werden können. Die verlegerische Betreuung hat der 3K-Verlag Kösching übernommen.

In einer redaktionellen Verlautbarung heißt es:

"Die BZG ist parteipolitisch unabhängig, aber sie ist, was den Weg der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung angeht, in keiner Weise neutral. Verlag und Redaktion fühlen sich der Sache aller arbeitenden Menschen verpflichtet, unabhängig von Nationalität, Religion und Rasse. Wir wollen aus Fehlern lernen, und wir wollen verhindern, daß Erfolge in Vergessenheit geraten. Auf der Grundlage eines breiten Quellenstudiums und in vorurteils-

freier Diskussion sollen die Tatsachen unserer Geschichte zugänglich gemacht werden, damit möglich ist, was zugleich die Devise unserer weiteren Arbeit sein soll: Aus der Geschichte lernen!"

Besondere Aufmerksamkeit will die Redaktion einer aktuellen Berichterstattung über neue Publikationen widmen. Dem dienen ab Heft 3/92, das in erweitertem Umfang erscheint, die regelmäßige Rubrik "Neuerscheinungen" - sie enthält auch Hinweise auf Aufsätze aus Periodika - und der erweiterte Rezensionsteil. Neu wird auch die Ausstattung mit Karten, Karikaturen und anderen bildhaften Quellen und Darstellungsmitteln sein.

Zur Unterstützung der Debatte über Tradition und Zukunft der Arbeiterbewegung wird der 3K-Verlag einzelne Aufsätze in zwangloser Folge als Sonderdrucke der BzG herausgeben. Sonderdruck 1/92 befaßt sich mit der aktuellen Bedeutung des Erfurter Programms von 1891. Damit setzt der Verlag eine Tradition fort, die 1984 mit der Herausgabe besonders von Quelleneditionen zur Geschichte der Arbeiterbewegung begann. - Die BzG wird künftig vierteljährlich erscheinen. Das Jahresabonnement beträgt DM 36.- Hz/Mi

Bestellungen nehmen entgegen: 3K-Verlag, Klosterstraße 5, W-8073 Kösching; Redaktion BzG, Kleine Alexanderstraße 28, O-1020 Berlin.

Kurzberichte

Findbücher und Materialien im AdsD. Während der letzten Jahre sind im Archiv der sozialen Demokratie eine Reihe von Beständen geordnet worden, für die nun Findbücher vorliegen. Es handelt sich um

- die Nachlässe Jacob Altmeier, Adolf Arndt, Harri Bading, Peter Blachstein, Heinrich Deist, Henry Dittmer, Gustav Heinemann, Fritz Hoch, Werner Jacobi, Wilhelm Keil, Waldemar von Knoeringen, Adolph Köster, Paul Löbe, Kurt Löwenstein, Kurt Mattick, Heinz Menne, Willy Müller, Siegfried (Siggi) Neumann, Walter Polkhen, Ludwig Preller, Max Quarck, Heinrich G. Ritzel, Adolf Scheu, Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Carl Severing, Rutt Zutt;
- die Sammlung Kurt Hiller - Kurt Englich;
- den Bestand Erich Ollenhauer;
- die Bestände SPD - Bundestagsfraktion, I. - V. Wahlperiode; SPD-Partei-vorstand, Alter Bestand; SPD - Bezirk Hessen-Süd; SPD - Unterbezirke Fulda, Gelsenkirchen, Nienburg, Weser-Ems.

Für einen Teil des Depositums Willy Brandt liegt ebenfalls ein Verzeichnis vor.

Ob die Bestände frei einsehbar sind oder ob und wie eine Einsichtnahmegenehmigung einzuholen ist, darüber informiert das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, W-5200 Bonn 2, FAX 0228/883497.

Historische Fahnen: Unlängst ist im AdsD ein in der Bundesrepublik wohl einmaliges Fahnendepot fertiggestellt worden. Angesichts des Problems, die hier verwahrten historischen Fahnen unter konservatorisch optimalen Bedingungen zu lagern, zugleich bei Archivführungen die Stücke Besuchern zeigen zu können, ohne daß sie Schaden nehmen, ließ das AdsD von einer Messebau-

firma einen begehbaren Fahnschrank entwickeln, der in einem der Magazine aufgebaut wurde.

Ungekannte Unterlagen zur deutschen Emigration: Durch freundliches Entgegenkommen des chilenischen Nationalarchivs konnte das AdSD die 1933 bis ca. 1940 dort entstandenen Einwanderungsakten deutscher Hitlerflüchtlinge verfilmen. Mit dieser Aktion hat es das AdSD nicht nur möglich gemacht, daß in Kürze der Exilforschung interessante Unterlagen hier in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen. Es hat auch einen Beitrag zur Rettung eines Bestandes geleistet, der aus räumlichen und finanziellen Gründen im chilenischen Nationalarchiv nicht sachgemäß gelagert werden kann, was seine Zerstörung programmiert. CA

DGB-Archiv - die Waage neigt sich. In der Kontroverse um die Zukunft des DGB-Archivs wird die Entscheidung für Anfang Juli erwartet. Die Zahl der erörterten Alternativen hat sich zuletzt auf drei Möglichkeiten reduziert: Weiterführung des Archivs im Rahmen der Hans-Böckler-Stiftung, Abgabe an des Bundesarchiv oder Integration in das Archiv der SPD-nahen-Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im Geschäftsführenden Vorstand des DGB soll Mitte Juni eine Option für die dritte Variante deutlich geworden sein. Daß der Bundesvorstand sich auf seiner in wenigen Tagen stattfindenden Sitzung anders entscheidet, wird in der Hans-Böckler-Stiftung für wenig wahrscheinlich gehalten. Mi

Einbringungsverhandlungen der Sassenbach-Stiftung. Zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Kuratorium der Johannes-Sassenbach-Stiftung sind Verhandlungen über den Abschluß eines Einbringungsvertrages aufgenommen worden. Ihr Ziel ist es, die in der ehemaligen Zentralbibliothek und dem früheren Zentralarchiv der Gewerkschaften der DDR lagernden Bestände in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" einzubringen.

Im Zuge einer Verständigung zwischen den Eigentümern, den Anspruchsberechtigten und weiteren Interessenten, die zum Teil auch im Namen von Nachlassgebern handeln, ist unter Zustimmung der Treuhandanstalt und der Unabhängigen Kommission Parteienvermögen sowie in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv das Kuratorium der Johannes-Sassenbach-Stiftung mit der Führung der Verhandlungen und dem Abschluß eines entsprechenden Vertrages beauftragt worden. Das Kuratorium seinerseits hat mit der Leitung der Verhandlungen seine stellvertretende Vorsitzende Frau Prof. Dr. Helga Grebing, Bochum, betraut. M.V.

"Fördern, Unterstützen, Begleiten ..." ist ein Aufruf zur Gründung einer Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. überschrieben, mit dem eine Gruppe von langjährigen Nutzern und Freunden von Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung an die Öffentlichkeit getreten ist.

Die neue Gesellschaft betrachtet sich als Förderverein für den Komplex "Gewerkschaften" in der "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR". Ziel der Gesellschaft soll u.a. sein, durch geeignete öffentliche Aktivitäten zur Bewahrung und Erhaltung der Archiv-, Bibliotheks- und sonstigen Sammlungsbestände gewerkschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Charakters beizutragen, die weitere Erschließung durch Kataloge, Verzeichnisse und andere Findhilfsmittel zu fördern sowie die For-

schung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, ausgehend von den Beständen des Komplexes Gewerkschaften, zu unterstützen.

Die Gründungsversammlung ist für den Monat August 1992 vorgesehen. Auskünfte erteilt der Geschäftsführer der Johannes-Sassenbach-Stiftung, Unter den Linden 15, O-1986 Berlin. M.V.

Gefahr für Betriebsarchive. Über die archivalische Situation in den neuen Ländern ist in letzter Zeit viel geredet und geschrieben worden. Eigentümlicherweise bleiben aber dabei die Betriebsarchive weitgehend außer Betracht. Und gerade diese verfügen zum Teil über nicht unwichtige Bestände zur Geschichte der lokalen Arbeiterbewegung. Dieses Archivgut zu sichern, ist evident. Doch mittlerweile sind einige Fälle bekannt geworden, die rasches Einschreiten erfordern, um weitere Vernichtungsaktionen zu stoppen. So sind beispielsweise aus dem Archiv des Reichsbahnausbesserungswerkes Meiningen die Akten zur Geschichte der Arbeiterbewegung von unbefugter Hand entfernt worden.

Kein Wunder, standen den Betriebsarchiven doch häufig keine ausgebildeten Archivare vor, sondern Verwaltungsangestellte, deren Engagement aufgrund existentieller Sorgen noch abgesunken sein dürfte. Problematisch ist auch die Lage bei den unter Treuhandkuratel stehenden Betrieben. Bereits seit 1991 existiert zwischen Bundesarchiv und Treuhand ein Vertrag, nach dem das Bundesarchiv sämtliches Schrifttum von Treuhandbetrieben, die aufgelöst oder verkauft werden und deren neue Eigentümer keinen Anspruch anmelden, übernehmen soll. Nach den Aussagen von Archivaren geschieht das jedoch nur zögerlich, fragmentarisch und von Land zu Land graduell unterschiedlich. Das Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern hat daher für seinen Zuständigkeitsbereich die Regie an sich gezogen. Auch halten sich Gerüchte, daß nach wie vor "Interna" aus verschiedenen Provenienzen ausgemerzt werden. Diese "Interna" beziehen sich auf die Außenhandelsbeziehungen und möglicherweise auch auf Praktika von Militärangehörigen aus arabischen Ländern. Das gilt für Carl Zeiss in Jena, vermutlich ebenso für die Chemiestandorte des Hallenser Raumes. ag.

DFD-Archiv unschlüssig. Zusammengedrängt auf 60 m² Raumfläche in der Berliner Clara-Zetkin-Straße, lagern die Archivbestände des Demokratischen Frauenbundes, der einstigen DDR-Massenorganisation der Frauen. Die seit Mitte 1990 öffentlich zugänglichen Materialien umfassen neben dem Schriftgut und den Druckmaterialien des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands aus den Jahren 1947 - 1990 u.a. Unterlagen der Landesfrauenausschüsse und des Zentralen Frauenausschusses 1945 - 1947, eine vollständige Sammlung aller in der SBZ/DDR herausgegebenen Frauenzeitschriften und Frauenpressedienste, eine rund 10 000 Fotos umfassende Sammlung 1946 - 1989, eine biografische Zeitungsausschnittsammlung Frauen SBZ/DDR, Teilnachlässe sowie die zum Internationalen Frauentag 1948 - 1989 herausgegebenen Plakate.

Mit der Öffnung des Archivs und konzentriert ab Januar 1991 begann die gegenwärtig noch laufende systematische Erfassung und Auswertung, so daß heute für knapp 40 Prozent der Bestände erstmals Findmittel zur Verfügung stehen. Trotz der räumlichen Bedingungen und der unzureichenden technischen Ausrüstung - für die Nutzer und Nutzerinnen sowie die ABM-Kräfte des Archivs stehen insgesamt vier Arbeitsplätze zur Verfügung - werteten in diesem Jahr bereits über 30 Frauen des In- und Auslandes die Materialien aus.

Der Nachfolgeverband des DFD, der Demokratische Frauenbund e.V., hat vor allem seit Oktober 1990 mehrere Varianten zum Erhalt und zur Zukunft seines Archivs diskutiert. Die Anregung, der "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" beizutreten, stand ebenfalls zur Debatte. Durchgesetzt hat sich die Auffassung, das bisher umfangreichste, wenn auch kleine Frauenarchiv Ost für Frauen und für die Frauenforschung ohne Sperrfristen und anderweitige Hindernisse auch in Zukunft zu erhalten und zugänglich zu machen. Diese Zielsetzung bleibt das Ausschlaggebende für jede weitere Entscheidung über die Archivzukunft. Ob dieses Frauen-Anliegen bei der Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs in den besten Händen liegt, ist im DF e.V. gegenwärtig eine noch immer mit Skepsis erörterte Frage.

raki

Griff nach dem Bezirksparteiarchiv der SED Berlin. Berlins Senator für kulturelle Angelegenheiten, Ulrich Roloff-Momin, hat sich mit der Frage nach der "Sicherung der Unterlagen der SED im ehemaligen Parteibezirk Berlin" an Dr. André Brie, Berliner Landesvorsitzender der PDS, gewandt und vorgeschlagen, gemeinsam einen Vertrag über die Einbringung in die Landesbestände vorzubereiten.

Das Bezirksparteiarchiv (BPA) Berlin umfaßt ca. 850 lfm Schriftgut. Es liegt bis 1981 archivwissenschaftlich erschlossen vor. Bei den Materialien 1981-1989 handelt es sich nach unserem bisherigen Überblick um ca. 169 lfm Schriftgut, das noch endgültig zu bearbeiten ist. Das Dokumentationsprofil wird im wesentlichen durch folgende Bestände bestimmt:

| | | |
|---|-------------|-------------|
| KPD-Bezirksleitung und Kreisleitungen | 1945 - 1946 | 154 AE |
| SPD-Landesvorstand und Kreisvorstände | 1945 - 1946 | 32 AE |
| SPD Bezirksvorstand und Kreisvorstände | 1946 - 1964 | 113 AE |
| Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD | 1945 - 1946 | 19 AE |
| Sozialistische Aktion | 1951 - 1963 | 75 AE |
| SED - Landesleitung | 1946 - 1952 | 558 AE |
| SED - Bezirksleitung | 1953 - 1981 | 4874 AE |
| SED - Kreisleitungen | 1946 - 1981 | 11169 AE |
| SED - Kreisleitungen Westberlin | 1946 - 1964 | 634 AE |
| SED - Grundorganisationen | 1946 - 1981 | 8879 AE |
| Bildarchiv | | 18686 Fotos |
| Sammlungsgut (Tonbänder, Filme, Erinnerungen, Nachlässe, Diplomarbeiten, Dissertationen, Belegarbeiten, Plakatsammlungen, Sammlungsgut allgemein) | | |

Die Materialien des BPA der SED Berlin waren bis Dezember 1990 überwiegend in der ehemaligen Bildungsstätte der SED-Bezirksleitung Berlin (Französische Straße) und zu einem geringeren Teil im ehemaligen Haus des ZK der SED untergebracht.

Mit der kurzfristigen Entscheidung der Übernahme dieser Objekte durch die Deutsche Bank bzw. die Berliner Bank kamen der Landesvorstand Berlin und der Parteivorstand der PDS Ende 1990 in Handlungszwang. Es wurde beschlossen, das Berliner Parteiarchiv dem Zentralen Parteiarchiv und damit dem Gesamtbestand der zentralen SED-Provenienz zuzuordnen. Dieser Entscheidung liegt auch die Tatsache zugrunde, daß es zu DDR-Zeiten eine intensive Verflechtung zwischen SED-Bezirksleitung Berlin und dem Zentralkomitee der SED gab. Damals war die mit beträchtlichem Aufwand und mit großen Schwierigkeiten verbundene Übernahme in das Zentrale Parteiarchiv die einzige Möglichkeit, die Bestände des BPA zu sichern und zugänglich zu halten. Die Unterbringung erfolgte wie die des ZPA in den Räumen des damaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Umzug erfolgte in der Zeit Januar - Februar 1991.

Seitdem haben Archivare des ZPA gelernt, mit dem Bestand umzugehen; er steht der Forschung zur Verfügung und erfreut sich beträchtlichen Zuspruchs. I.P.

PDS-Archiv Mecklenburg-Vorpommern. Verhandlungen zwischen dem Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern und dem dortigen Landesvorstand der PDS haben Anfang Juni begonnen. Gegenstand der Gespräche ist die geplante Einbringung des regionalen PDS-Archivs, das vom Juni 1991 bis zum Februar 1992 die ehemaligen SED-Bezirksparteiarchive Neubrandenburg, Schwerin und Rostock übernommen hat, in das Landeshauptarchiv Schwerin.

Zu den wichtigsten Beständen des Landesparteiarchivs gehören die Akten der KPD-Landesleitung und der Kreisleitungen 1945/46, der SPD-Landes- und Kreisvorstände für denselben Zeitraum, die Akten der SED-Landesleitung 1946-1952, der SED-Bezirksleitungen 1952-1989, der SED-Kreisleitungen 1946-1989 sowie ausgewählter Grundorganisationen für dieselbe Zeit. Dazu kommen Sammlungen aus der Geschichte der mecklenburg-vorpommernischen Arbeiterbewegung vor und nach 1945, z.B. Fotos, Plakate, Einzeldokumente, Personalakten für die Zeit nach 1945, Erinnerungsberichte, Zeitungen, regionalgeschichtliche Literatur. Von besonderem Wert sind die Akten der einzelnen Ebenen bis 1952, die sich gegenwärtig bei den Historikern besonderen Interesses erfreuen.

Der große Teil des Aktenmaterials ist bis einschließlich 1981 erschlossen und steht für die Benutzung zur Verfügung. Bestandsnachweise geben eine grobe Übersicht. Wenn die Erschließung beendet ist, werden sie sich auf einen Aktenbestand von 70-80 000 Einheiten erstrecken. Ro. Erm.

Rekonstruktion der "Roten Fahne". 1991 schloß die Bibliothek des damaligen Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) ein langjähriges Vorhaben ab: die historisch getreue Rekonstruktion des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Zeitung "Die Rote Fahne", aus den Jahren 1918 bis 1933 sowie ihrer illegal hergestellten Ausgaben von 1933 bis 1941.

Ausgangspunkt waren die erhaltenen Originalbestände in der Bibliothek selbst, in anderen Bibliotheken des In- und Auslandes sowie in Archiven und Museen. Auf Grund der Auskünfte, die die Zeitung selbst gab, durch Auswertung von Archivmaterialien, gedruckten Quellen und Erinnerungen wurden die Informationen über das Zentralorgan ergänzt. Jeder Kalendertag, der dafür in Frage kam, wurde mit einer Ausgabe der Zeitung belegt, und die Num-

mernfolge wurde originalgetreu hergestellt. Bei der systematischen Suche wurden Sonderausgaben, Extraausgaben u.ä., die Montagsausgaben der "Roten Fahne", aber auch Ersatzorgane sowie Ersatzlieferungen in Verbotszeiten weitgehend vollständig ermittelt und noch bestehende Lücken erklärt. Durch Vergleich mehrerer Exemplare einer Nummer konnten während des Druckes eingefügte Veränderungen entdeckt werden.

Als Ergebnis besitzt die Bibliothek jetzt ein Sicherheitsexemplar der "Roten Fahne" in bisher nicht gekannter Vollständigkeit. Es enthält alle oben genannten Nummern und Ausgaben; während des Druckes entstandene Textvarianten sind durch zwei Ausgaben der gleichen Nummer belegt. Das Sicherheitsexemplar besteht zu etwa 95 % aus Originalen aus dem Bestand der Bibliothek, der Rest wurde durch Kopien aus anderen Einrichtungen ergänzt. Es wird ungebunden aufbewahrt und verständlicherweise nur in großen Ausnahmefällen zur Benutzung bereitgestellt; dabei wird in der Regel lediglich die unbedingt benötigte Nummer vorgelegt.

Das Sicherheitsexemplar wurde 1990/1991 im Mikروفilmzentrum von ADN und von dessen Nachfolger Mikro Univers GmbH verfilmt. Das in der IWK Heft 4/1989 angekündigte Vorhaben, von ADN Mikrofiches der "Roten Fahne" anfertigen und vertreiben zu lassen, mußte aufgegeben werden. Es wurde durch die Herstellung eines Rollfilms ersetzt. Dem Film sind ein Gesamtvorwort und Vorbemerkungen zu jedem Jahrgang bis 1933 beigelegt. Interessenten können Kopien dieses Films oder einzelner Jahrgänge bei der Bibliothek des jetzigen "Verbundes" kaufen. Der Preis für den Meter Film beträgt nach der Gebührenordnung DM 3.-.

Ky.

Deutsche Wahlmaterialien 1990 in der Hoover Institution. Freie Wahlen bilden für die Forschung gleichsam eine fotografische Momentaufnahme der Zustände und Probleme, die ein Land zur Zeit der Wahl bewegen und die dann in grellen Farben von den verschiedenen Parteien und Interessengruppen beleuchtet und diskutiert werden.

Unter diesem Aspekt ist es der Hoover Institution seit ihrer Gründung immer ein Anliegen gewesen, Wahlmaterial zu nationalen, aber auch zu internationalen Wahlen (wie zum Beispiel zu den ersten Wahlen des Europäischen Parlaments im Jahre 1979) zu sammeln. Als die ersten freien Volkskammerwahlen in der Deutschen Demokratischen Republik ausgeschrieben wurden und der Zeitpunkt vom 6. Mai bis zum 18. März vorverschoben wurde, war man sich hier klar, dass gerade diese Wahl dokumentiert werden mußte.

Mit Hilfe von Studenten, Freunden, Bekannten, anderen Bibliotheken und der Entsendung eines jungen Historikers ist es gelungen, eine breitgefächerte Sammlung des Wahlmaterials der meisten Parteien, Gruppen und Bündnisse zusammenzubringen.

So liegt hier im Archiv eine qualifizierte Auswahl von Stellungnahmen, Nachrichtenblättern, Programmen, Plakaten, Reden, Wahlzeitungen und kleinerem Material wie Aufkleber, Nadeln, Fähnlein usw. vor. Das vielfarbig gedruckte Material stammt von der CDU, der SPD, der PDS, der Allianz für Deutschland, dem Demokratischen Aufbruch, der Deutschen Sozialen Union, der Initiative für Frieden und Menschenrechte, dem Neuen Forum, dem Bündnis 90, der Grünen Partei, Demokratie jetzt, der Demokratischen Initiative, der Deutschen Volksunion, der Vereinigten Linken (von Nelken und Unabhängigen Frauen) und anderen, kleinen Gruppen.

Die Schwerpunkte unserer Sammlertätigkeit bei den Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 lagen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, und für die Bun-

destagswahl vom 2. Dezember 1990 haben wir uns auf die besonderen Gegebenheiten von Land und Stadt Berlin konzentriert.

Das Material ist jetzt im Archiv untergebracht. Es wird zur Zeit geordnet. Das geplante Register kann nach seiner Fertigstellung vom Archiv angefordert werden. Schon jetzt wird die Sammlung für Seminararbeiten benutzt.

A.F.P.

Stalin geheim. Unter Hinweis auf Berichte der "Rossijskaja Gaseta" und der "Iswestija" berichtet die Nachrichtenagentur dpa in der ersten Juni-Hälfte aus Moskau, daß Stalins Privatarchiv der Forschung zugänglich gemacht werden soll. Eine von Präsident Jelzin berufene Sonderkommission werde die Geheimhaltung "nach und nach" aufheben und die Unterlagen dem "Zentrum für Heimatgeschichte" zuleiten. Gegenwärtig hätten neben dem russischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Poltoranin als Vorsitzenden der Archivkommission nur dessen beide Stellvertreter Zutritt zu dem Material. Nach Angaben Poltoranins besteht das Archiv aus "mehreren Haufen nicht sortierter Papiere", die in versiegelten Räumen des ZK-Gebäudes der verbotenen KPdSU aufbewahrt würden.

Mi

Moskau sperrt Archivdaten. "Sämtliche personenbezogenen Archivdaten bleiben in Rußland künftig 75 Jahre lang vor dem Zugriff verschlossen." Dies meldet kurz nach dem redaktionellen Abschluß des Hauptteils der vorliegenden Ausgabe "Neues Deutschland" am 20. Juni. Die Zeitung stützt sich dabei auf eine ADN-Meldung aus Moskau. Ihr zufolge hat das russische Parlament am 19. Juni einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Zu seiner Rechtfertigung berufe sich der Chef des Komitees für Archive bei der russischen Regierung, Pichoja, auf das Völkerrecht, das "für diese Art von Dokumentation eine Geheimhaltungsfrist von 75 Jahren" vorsehe.

Mi

Veranstaltungskalender

Streik. Realität und Mythos. Ausstellung des Deutschen Historischen Museums im Zeughaus Berlin, Unter den Linden 2; geöffnet Donnerstag bis Dienstag 10-18 Uhr; noch bis 28. Juli (vgl. im vorliegenden Heft der "Mitteilungen" S. 34).

Der Teufel in Berlin. Politische Karikaturen der Bismarck-Zeit (1848 - 1890). Ausstellung des Instituts für Zeitungsforschung Dortmund im Landesarchiv Berlin, Kalckreuthstr. 1-2, W-1000 Berlin 30; geöffnet Montag bis Mittwoch 8.30 bis 15.30 Uhr, Donnerstag 8.30 bis 18 Uhr, Freitag 8.30 bis 15 Uhr; bis 19. August.

Berliner Gesprächskreis Arbeiterbewegung. Historische Kommission zu Berlin, Kirchweg 33, W-1000 Berlin 38; 17. September, 18 Uhr, Dr. Wilfriede Otto: Die Waldheimer Prozesse 1950 und die Herausbildung stalinistischer Strukturen in der DDR; Anmeldungen schriftlich bei Dr. habil. Dirk H. Müller.

63. Deutscher Archivtag. "Die Archive und die deutsche Einheit", 5. bis 8. Oktober in Berlin. - 5. Oktober, 14 - 16 Uhr (Treffpunkt: U-Bahnhof Krumme Lanke): Besichtigung des Berlin Document Center (Anmeldung erforderlich).

15 - 16.30 Uhr (Treffpunkt: Berlin-Lichtenberg, Ruschestraße 59): Besichtigung des Zentralarchivs des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Anmeldung erforderlich). Führung: Dr.D. Unverhau (Berlin).

6. Oktober, 9 Uhr (Kongreßhalle am Alexanderplatz, Großer Saal). Eröffnungsvortrag: Prof. Dr. H. Weber (Mannheim), Die Bedeutung der Archive für die Erforschung der DDR-Geschichte. - 14.30 - 17 Uhr (ebd.), Zweite gemeinsame Arbeitssitzung: Die archivische Situation in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Teil II. Aus der Sicht der Archive des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Dr. D. Unverhau (Berlin); aus der Sicht der Wirtschaftsarchive: Dr. P. Listewnik (Leipzig). - Dr. J.F. Leonhard (Frankfurt/Main), Die Sichtung und Sicherung der Rundfunkarchive der ehemaligen DDR. - 7. Oktober, 9 Uhr (Rotes Rathaus, Zimmer 138): Dr. E. J. Fischer (Amsterdam), Das Archiv des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam und die deutschen Parteiarchive.- 15 - 17 Uhr (Treffpunkt: Sitz des Verbundes, Wilhelm-Pieck-Str. 1): Besichtigung des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED und der Bibliothek des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (heute: Verbund Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten beim Parteivorstand der PDS) ; (Anmeldung erforderlich).

Weitere "Allgemeine Hinweise" können der Einladung (Programmheft) zum 63. Deutschen Archivtag entnommen werden, die den Mitgliedern des Vereins deutscher Archivare gesondert zugeht. Interessierte Nichtmitglieder können eine Einladung bei der Geschäftsstelle des Vereins deutscher Archivare, c/o Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Postfach 221152, W-8000 München 22 (Tel.: 089/28638494, Telefax 089/28638615) anfordern. Auskünfte erteilt auch das Landesarchiv Berlin, Kalckreuthstr. 1-2, W-1000 Berlin 30 (Tel. 030/2123-3163, Dr. J. Wetzels, oder -3139 Herr A. Mahal). Mi.

FACHLITERATUR

Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates : Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP.

Teil I: Reichszentralbehörden, regionale Behörden und wissenschaftliche Hochschulen für die zehn westdeutschen Länder sowie Berlin / Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte bearb. von Heinz Boberach unter Mitwirkung von Dietrich Gessner, Kurt Metschies und Gustav-Hermann Seebold...- München : K.G. Saur 1991. - XXXV, 717 S. (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 3/1)

Durch Beschreibung der schriftlichen - in Einzelfällen auch au-

diovisuellen - Überlieferung von Reichs- und Landesministerien, Bezirksregierungen und Gerichten, Dienststellen der Wehrmacht und Einrichtungen der NSDAP, Universitäten und vielen anderen Behörden mit über einen Kreis hinausgehender Zuständigkeit in zehn zentralen (einschließlich des ehem. Zentralarchivs der DDR in Potsdam und Merseburg), 34 regionalen und 16 Hochschularchiven soll der Dezimierung und Zerstreuung der Quellen zur Geschichte der NS-Zeit begegnet werden. In neun Sachgruppen, von den "Obersten Behörden des Reichs, der Länder und Provinzen" über "Innere und Medizinalverwaltung" mit Polizei und SS bis zu "NSDAP und Gliederungen", sind jeweils die Angaben über Behörden vergleichbarer Kompetenz, z. B.

der Oberpräsidien, Justizvollzugsanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Arbeitsämter, zusammengefaßt und z.T. durch Hinweise auf Ersatzüberlieferung (z.B. Nachlässe) ergänzt worden.

Für die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Verfolgung ist nach den Akten von Gestapo und SD, über die der Bearbeiter im nächsten Heft einen besonderen Bericht vorlegen wird, beispielhaft auf folgende Quellen zu verweisen: die bis 1934 fortgeführten Akten der Nachrichtensammelstelle im Reichsinnenministerium, die Unterlagen vieler Behörden über die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes und von Bezirksregierungen über Auflösung von Vereinen und Einziehung "staats- und volksfeindlichen Vermögens", die Akten der Oberlandes- und Sondergerichte über Strafverfahren gegen Sozialdemokraten und Kommunisten und der Zuchthäuser und Gefängnisse über einzelne Häftlinge (z.B. über bayerische und pfälzische KJVD-Mitglieder im Jugendgefängnis Niederschönenfeld), des Reichsversicherungsamtes und von Disziplinargerichten über die Aberkennung von Renten- und Pensionsansprüchen wegen staatsfeindlicher Betätigung. Zur sozialen Lage der Arbeiterschaft werden Quellen aus der Wirtschafts- und - leider nur sehr unvollständig - der Arbeitsverwaltung, aus der Akten der Reichstreuhänder der Arbeit kaum vorhanden sind, und der DAF nachgewiesen.

In einem zweiten Band sollen die entsprechenden Bestände der staatlichen und Hochschularchive der neuen Bundesländer und aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen sowie den "eingegliederten" österreichischen, tschechischen und polnischen Gebieten behandelt werden.

Ar.

John M. Spalek, Sandra H. Hawrylchak. Guide to the Archival Materials of the German-speaking Emigrants to the United States after 1933, Volume 2. Verzeichnis der Quellen und Materialien der deutschsprachigen Emigration in den USA seit 1933, Band 2, Bern : Francke Verlag 1992, 847 S.

Der Exodus von Intellektuellen aus dem nationalsozialistischen Deutschland führte weit über 20 000 Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller in die USA. Anfang der 70er Jahre haben John Spalek, Sandra Hawrylchak und Adrienne Ash, unterstützt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der National Endowment for the Humanities, der State University of New York at Albany und der Deutschen Bibliothek, damit begonnen, Informationen über die in den USA verstreuten Nachlässe, persönlichen Dokumente und Unterlagen von Emigranten zusammenzutragen. 1979 konnten sie einen ersten umfangreichen Band mit 300 alphabetisch geordneten Personalberichten über die Fundorte (Archive, Bibliotheken und Privatadressen) und den Umfang der Unterlagen vorlegen.

Aufgenommen sind autobiographische Dokumente, Briefwechsel, Primärliteratur (belletristische und wissenschaftliche Texte, Kompositionen und Zeichnungen), Bearbeitungen und Übersetzungen, Photographien, Tonaufnahmen und Interviews, Sekundärliteratur sowie Dokumente unterschiedlicher Provenienz und diverse Memorabilien.

Die Arbeit an der Bestandsaufnahme förderte immer weitere Informationen auch über bisher unbekanntes Nachlässe und Quellen zutage, so daß die genannten Institutionen für eine weitere Finanzierung des Projektes gewonnen wurden. So konnten John Spalek und Sandra

Hawrylchak, unter Mitarbeit von Ulrich Fröhlich und Eve Lee, nun einen zweiten Band mit 450 Berichten vorlegen, in dem überwiegend Nachlässe und Dokumente aus Privatbesitz verzeichnet sind. Ein dritter, abschließender Band soll folgen.

Auch wenn in erster Linie Wissenschaftler, Psychologen, Schriftsteller, Künstler und Musiker in die Auswahl aufgenommen sind und neben Rudolf Rocker und Ruth Fischer (Bd. 1), Karl Korsch und Frieda Wunderlich (Bd. 2) kaum Emigranten aus der Arbeiterbewegung vertreten sind, bieten die Bände über Namensregister der in den Dokumenten, Nachlässen und Briefwechseln genannten Personen und insbesondere durch die Berichte über die Emigranten aus dem Kreis des Instituts für Sozialforschung auch für Historiker der Arbeiterbewegung wertvolle Hinweise.

U. Wy.

Streik : Realität u. Mythos; e. Ausstellung d. Deutschen Historischen Museums im Zeughaus Berlin, Unter den Linden 2, 21. Mai - 28. Juli 1992 / hrsg. im Auftrag d. Deutschen Historischen Museums von Agnete von Specht. - Berlin: Argon Verl., 1992. - 174 S. : Ill.

Die Ausstellung im Zeughaus veranschaulicht die Geschichte des Streiks vom Mittelalter bis zum Beginn unseres Jahrhunderts. Zahlreiche Leihgeber des In- und Auslands stellten eine Vielfalt von Zeitzeugnissen zur Verfügung, die weniger eine Gesamtsicht der Streikgeschichte ergeben oder einzelne herausragende Streiks dokumentieren, dafür aber über die Arbeitskämpfe hinaus die sozialen Situationen deutlich werden lassen, aus denen die Arbeitsniederlegungen erwachsen.

Der zur Ausstellung herausgegebene Katalog bietet zunächst eine recht detaillierte, häufig mit Abbildungen und weiterführender Literatur versehene Beschreibung der ausgestellten Handschriften, Flugblätter, Federzeichnungen, Kupferstiche, Holzstiche, Lithographien, Ölgemälde, Fotografien, Bücher, Zeitungen, Plakate, Postkarten, Ehrendiplome, Medaillen, Fahnen usw. Darüber hinaus folgte die Herausgeberin einer bewährten und erfreulichen Gewohnheit, Ausstellungskataloge für wissenschaftliche Publikationen zu nutzen. So berichtet Reinhold Reuth über Streiks im 18. Jahrhundert, Manfred Gailus untersucht Nahrungsmittelproteste im 19. Jahrhundert, und Lothar Machtan setzt sich mit der Frage auseinander, warum und wofür im 19. Jahrhundert gestreikt wurde.

Unter dem Titel "Streikexzesse" stellt Thomas Lindenberger Konflikte zwischen Unterprivilegierten und Polizei im deutschen Kaiserreich dar. Die künstlerische Darstellung des Streiks, die auch in der Ausstellung besondere Akzente setzte, ist Gegenstand der Untersuchungen von Friedhelm Boll ("Streikpostkarten in Frankreich und Deutschland 1884-1914"), Agnete von Specht ("Robert Koehlers Gemälde 'Der Streik' als Historienbild") und Klaus-D. Pohl ("...alle beseelt vom Herzschlag der Arbeiterklasse?"). Damit werden wissenschaftliche Arbeitsergebnisse zugänglich gemacht, die den Wert des Katalogs für Historiker der Arbeiterbewegung und kulturgeschichtlich Interessierte erheblich erhöhen. So.

Liebknecht, Karl: Lebt wohl, ihr lieben Kerlchen! ; Briefe an seine Kinder / Hrsg. von Annelies Lashitza und Elke Keller. - Berlin

: Aufbau Taschenbuch-Verl. (Vorankündigung)

Dieses "Taschenbuch bibliophil", das der Verlag Ende August 1992 ausliefern will, enthält zum ersten Mal sämtliche erhalten gebliebenen Briefe und Postkarten Karl Liebnechts an seine Kinder Wilhelm (Helmi), Robert (Rob) und Vera sowie an seine Nichte Lotti, Tochter seines Bruders Theodor. Die über 90 Autographen aus den Jahren 1906 bis 1918, die sich in Moskauer und Berliner Archiven und in Privathand befinden, werden in vollem Wortlaut abgedruckt. Sie erhellen Charakterzüge Karl Liebnechts, wie sie nur nahestehenden Menschen vertraut waren, und geben Einblick in das von den Wirren der Zeit und von Schicksalsschlägen gezeichnete Leben der Familie Liebnechts.

Als Franz Pfemfert zusammen mit Sophie Liebnecht 1919, im Jahr der Ermordung Karl Liebnechts, in seinem Verlag der Wochenschrift "Die Aktion" schon einmal "Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus" herausgab und darin auch Briefe an die Kinder veröffentlichte, schrieb er, daß erst der individuelle Umgang mit "öffentlichen Menschen" ihren wahren Wert absolut offenbaren könne.

Das Vorwort von Annelies Laschitza skizziert auf der Grundlage umfangreicher Recherchen und Informationen aus vertrauensvollen Kontakten mit Sophie, Wilhelm, Robert, Hertha und Maja Liebnecht Traditionen und Gepflogenheiten der Familie Liebnecht, charakterisiert das liebevolle und fürsorgliche Verhältnis des ungestümen Revolutionärs zu seinen drei Kindern, verfolgt den Lebensweg von Wilhelm, Robert und Vera Liebnecht und vermittelt Kenntnisse über die Rettung der Archivalien

vor faschistischem Zugriff und über die Geschichte des Umgangs mit diesen Quellen.

Anmerkungen und eine biographische Chronik mit Angaben zu allen in den Briefen erwähnten Personen beschließen den Band. Ar.

Sozialforschung in der DDR. - Band 1 : Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten / Bearb. von Erika Schwefel, Ute Koch; Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abteilung Berlin. - Berlin 1992. - 229 S.

Die Abteilung Berlin des Informationszentrums Sozialwissenschaften beginnt mit diesem Band eine Publikationsreihe, die unveröffentlichte Literatur der DDR enthält. Mit der Sammlung, Beschreibung und Herausgabe der Nachweise von Forschungsberichten, Dissertationen, Studien etc. in der gesamten Breite der Sozialwissenschaften wird Grundlagenmaterial für die Erforschung und wissenschaftliche Analyse des "verschwundenen Staates" DDR und der Wandlungsprozesse nach der Wiedervereinigung geschaffen. Insgesamt werden mehrere Tausend Forschungsarbeiten erschlossen und in dieser Reihe in einem Zeitraum von ca. 3 Jahren herausgegeben.

Band 1 dokumentiert 504 unveröffentlichte Forschungsarbeiten, im wesentlichen aus den 80er Jahren. Als Orientierungshilfe dienen Autoren-, Sach- und Institutionenregister. Die Standorte der Dokumente werden nachgewiesen. Zusätzlich zur gedruckten Ausgabe wird eine Diskettenversion für den eigenen PC angeboten. - Weitere Informationen über IZ, Abt. Berlin, Schiffbauerdamm 19, 0-1040 Berlin.

IZ-Mi

Bagge Hansen, Marianne u.a. : Foreign language literature on the Nordic Labour movements = Fremd-

sprachige Literatur über die nordischen Arbeiterbewegungen. - ABA. - Kopenhagen 1992. - 143 S.

Diese Bibliographie mit insgesamt 1165 Nummern wurde von den Arbeiterbibliotheken in Helsinki, Kopenhagen, Oslo und Stockholm zusammengestellt und verzeichnet die Literatur über die Arbeiterbewegung in den fünf nordischen Ländern, d.h. einschließlich Islands, in den sogenannten Weltsprachen Englisch, Französisch, Deutsch, Russisch, Spanisch und Italienisch. Das Vorwort, die Systematik und die notwendigen Annotationen sind Englisch und Deutsch. Die Systematik erfaßt die Literatur in 14 Hauptgruppen, die jeweils in 4 Untergruppen unterteilt sind. Ein Verfasser- bzw. Herausgeberregister erleichtert die Erschließung. Die Bibliographie kann bei den vier Herausgeberinstitutionen bestellt werden oder durch Einzahlung von Dkr. 95.- auf das Postcheckkonto 506 79 60 der Arbejderbevaegelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen.

Dieselbe Bibliothek hat eine Auswahlübersicht über die dänische Literatur zur Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung mit dem Titel "Arbejderhistorie i Danmark. En litteraturoversigt" veröffentlicht, die von Interessenten kostenlos bestellt werden kann (Rejsbygade 1, DK - 1759 København V). G. Csn.

Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung ; iga : Forschungen zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Finnland / Hrsg.: Inst. zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung Ruhr-Universität Bochum. - Bochum 1992. - 1992 Heft 12

Als Heft 12 des von der Ruhr-Universität Bochum herausgegebenen "Mitteilungsblattes des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung" ist ein Überblick über Forschungen und Archive zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Finnland erschienen. Die Herausgeber, Marjaliisa und Seppo Hentilä, selbst namhafte Repräsentanten dieser Forschungsrichtung, bieten gemeinsam mit Autoren aus verschiedenen Universitäten und Archiven Finnlands "eine Einführung in die nationale Geschichte Finnlands aus dem Blickwinkel der Arbeiterbewegung und der Arbeiterschaft".

Der für die Überblicksgewinnung sehr hilfreiche Abriss zur Entwicklung der Struktur und politischen Bewegung der finnischen Arbeiterschaft von den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart wird durch die Beiträge zur finnischen Gewerkschaftsbewegung, zur Wirtschaftstätigkeit der Arbeiterbewegung, über Arbeiterinnen- und Arbeiterkultur als Forschungsgegenstände ergänzt.

In den Beiträgen werden Traditionen und Paradigmen der finnischen Arbeitergeschichte dargestellt und neue Sichten auf die alte Arbeiterbewegung "unter dem Polarstern" sowie Einblicke in die Geschichtsschreibung über die sozialdemokratische Partei und in den Forschungsgegenstand zur Geschichte der Arbeiterbewegung des finnischen Kommunismus vermittelt. Von besonderem Interesse sind die informativen Ausführungen über die Quellenlage zur Geschichte der finnischen Arbeiter und Arbeiterbewegung sowie die sehr bemerkenswerten Bemühungen um Arbeitermemoiren und Arbeitertraditionsforschung in Finnland. I.P.

Fülle, Henning: Himmel auf Erden?
; Entstehung, Struktur, Arbeits-
weisen der grün-nahen politischen
Stiftungen / Hrsg.: Stiftungsver-
band Regenbogen e.V. - Dortmund,
1992. - 189 S.

Als am 26. Juli 1988 der "Stiftungsverband Regenbogen e.V." als Dachverband der "Frauen-Anstiftung e.V.", der "Heinrich-Böll-Stiftung e.V." und des "Buntstift - Föderation der grün-nahen Landesstiftungen und Bildungswerke e.V." gegründet wurde, fanden damit seit 1983 laufende Bemühungen der Grünen um die Schaffung einer grün-nahen politischen Stiftung einen vorläufigen Endpunkt. Der vorliegende Band spiegelt sowohl den komplizierten Werdegang der Stiftung als auch ihren gegenwärtigen Entwicklungsstand, ihre Aufgaben und Arbeitsweise wider.

Im ersten Abschnitt, "Entstehungsgeschichte", wird mit den reichen Detailkenntnissen eines Insiders die Geschichte der konzeptionellen und organisatorischen Entwicklung dargelegt. Der zweite Abschnitt, "Dokumente und Materialien", bietet eine Auswahl relevanter Dokumente, von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes bis zu Beschlüssen der Bundesversammlung der Grünen. Sie geben Auskunft über politische Zielstellung, Gründung, organisatorischen Aufbau und Finanzierung der Stiftung. Mit Selbstdarstellungen des Stiftungsverbandes und der dazugehörigen Einzelstiftungen im dritten Abschnitt rundet sich das Bild eines überraschend vielfältigen, weitreichenden und dichten Netzwerkes aus den Grünen nahestehenden Einrichtungen ab. Neben den Dokumenten wurden in den Band auch Adressenverzeichnisse, Übersichten über die Besetzung der Gremien sowie Veröffentlichungen der Stif-

tungen und weiterführende Literatur aufgenommen, die den Informationswert wesentlich erhöhen. So.

*

Vorgeschichte der SED-Gründung

Tondokument

Der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im April 1946 ging bekanntlich eine leidenschaftliche Auseinandersetzung vor allem in den Reihen der Sozialdemokratie voraus - die Argumente für und wider eine sofortige Verschmelzung von SPD und KPD zur SED prallten mit großer Härte während einer fünfständigen Funktionärskonferenz der Berliner SPD am Vormittag des 1. März 1946 im Admiralspalast aufeinander. Otto Grotewohl, der Vorsitzende des SPD-Zentralausschusses für die sowjetisch besetzte Zone und die Vier-Sektoren-Stadt Berlin, hielt ein fast zweistündiges einleitendes Referat zur politischen Situation im besetzten Deutschland, dessen Wortlaut in der Folgezeit publiziert wurde - nicht nur in der Presse, sondern auch in Broschüren-Form. Nirgendwo ist jedoch die folgende kontroverse Debatte umfassend wiedergegeben worden. Die im Ost-Berliner Admiralspalast versammelten ca. 2 500 Funktionäre und Mitglieder der Berliner SPD faßten am Ende ihrer Zusammenkunft mit großer Mehrheit den Beschluß, die Mitgliedschaft in einer Urabstimmung über den Parteien-Zusammenschluß entscheiden zu lassen. Das geschah am 31. März 1946 in den drei Westsektoren Berlins. Im Ostteil der Stadt und in den Ländern der sowjetischen Zone verhinderte die SMAD eine solche Willensbekundung der SPD-Mitgliedschaft.

Das Archiv des Staatlichen Rundfunk-Komitees der DDR befand sich

im Besitz einer Ton-Aufnahme jener Konferenz vom 1. März 1946. Den Mitschnitt hatte damals der von den Sowjets kontrollierte Berliner Rundfunk veranlaßt, ohne jedoch das Tondokument in der Folgezeit zu verwenden oder zugänglich zu machen. Es hat eine Länge von etwas mehr als vier Stunden: Der Anfang der Grotewohl-Rede fehlt, die folgende Debatte bis zum vollständig erhaltenen Schlußwort Grotewohls ist gelegentlich durch technische Anmerkungen und kommentierende Äußerungen eines Reporters unterbrochen worden, aber alle wesentlichen Reden - wie die Karl Germers, Gerhard Außners, Curt Swolinskys, Carl Moltmanns, Franz Neumanns u.a. - sind in einer verständlichen Form erhalten geblieben. Die Tonaufnahme gibt einen starken Eindruck von der z.T. sehr erregten Atmosphäre, die über weite Strecken im Admiralspalast herrschte und gelegentlich in minutenlangen Lärmszenen kulminierte.

Ausschnitte aus dem Ton-Dokument hat Manfred Rexin, Leiter der Hauptabteilung Kultur und Zeitgeschichte des Senders RIAS und Vorsitzender des Franz-Neumann-Archivs e.V. Berlin, im vergangenen Jahr bei einer Historiker-Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung im Reichstagsgebäude vorgeführt. Der Mitschnitt der Funktionärskonferenz vom 1. März 1946 war die Grundlage seiner Dokumentation "Einheit oder Freiheit. Der Streit um die Gründung der SED im Frühjahr 1946" - ausgestrahlt über RIAS 1 am 17. April 1992 von 14 bis 15.30 Uhr. In dieser Sendung kamen auch einige Zeitzeugen zu Wort, die - wie Inge Deutschkron, Edith Krappe, Karl Germer und Klaus-Peter Schulz - ihre Erinnerungen an das Geschehen im Admiralspalast vor 46 Jahren vortrugen.

Manuskripte dieser Sendung können - gegen Einsendung des Rückportos (DM 2.- in losen Briefmarken) - bei der Hauptabteilung Kultur und Zeitgeschichte des RIAS Berlin, Kufsteiner Straße 69, W-1000 Berlin 62, angefordert werden. Das Franz-Neumann-Archiv, Ackerstraße 76, W-1000 Berlin 65, beabsichtigt, die wichtigsten Teile der Grotewohl-Rede und der ihr folgenden Diskussion in einer Ton-Kassette für die politische Bildungsarbeit zugänglich zu machen. Den Wortlaut der bisher unbekanntenen Diskussionsreden will die Zeitschrift "Deutschland-Archiv" dokumentieren. Ar.

Personalien

Martin Vogler, Geschäftsführer der Johannes-Sassenbach-Stiftung, wurde am 30. März 60 Jahre alt. Wenn er Ende Dezember in den sogenannten Vorruhestand tritt, wird seine Tätigkeit im Archiv- und Bibliotheksmanagement wenig mehr als eine Episode gewesen sein. Der Schwerpunkt seines beruflichen Wirkens hat auf einer anderen Ebene gelegen.

Nach dem Besuch der August-Hermann-Francke-Schule mit ihrem pietistischen Hintergrund studierte der in Halle geborene Handwerkersohn an der Martin-Luther-Universität neben dem Hauptfach Germanistik auch Literatur- und Kunstwissenschaften sowie Religionsphilosophie. Seine Diplomarbeit behandelte das Thema "Die Bedeutung der Osterfeier für die Weiterentwicklung des mittelalterlichen Dramas". Dramaturgische und bühnenorganisatorische Praktika am Landestheater Halle waren dann auch ein folgerichtiger Einstieg in eine berufliche Laufbahn, die ihn über die Zwischenstationen einer Dramaturgieassistentz unter Wolfgang Langhoff am Deutschen

Theater Berlin als Dramaturg an die Komische Oper Berlin führte. Dort arbeitete er in vielen Inszenierungen u.a. mit Walter Felsenstein, Götz Friedrich, Horst Bonnet, Vaclav Neumann, Kurt Masur und Tom Schilling zusammen. Daneben hat er als Autor, Übersetzer, Redakteur, Zeitschriften-Mitherausgeber und gelegentlicher Mitarbeiter an Dokumentarfilmen Beachtung gefunden. Auch als verantwortlicher Gestalter und Betreuer von Ausstellungen und Filmtagen war Vogler gefragt.

Innerhalb des FDGB wurde er nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit zum ebenfalls ehrenamtlichen Sekretariatsmitglied des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Kunst gewählt. Im Herbst 1989 Mitglied einer Initiativgruppe zur Durchführung der Kundgebung vom 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz, delegierten ihn seine Kollegen in das Vorbereitungskomitee für den Außerordentlichen FDGB-Kongreß. Seiner Wahl zum Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Dachorganisation für den Bereich Bildung, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit folgte 1990 die Betrauung mit seinem derzeitigen Amt: Vogler wurde Geschäftsführer der auf Beschluß des FDGB-

Auflösungskongresses errichteten "Johannes-Sassenbach-Stiftung, Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung Berlin". Ihre zum Jahreswechsel bevorstehende Überleitung in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" bringt zwar Voglers hauptamtliche Tätigkeit vorzeitig zum Ende, wird für ihn aber kein Abschied von der Beschäftigung mit gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung auch als Kulturbewegung sein. Sk.

In Nr. 1. der "Mitteilungen" wurde bereits berichtet, daß Vorstandsmitglied Prof. Dr. Hermann Weber, Universität Mannheim, als Sachverständiger der Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" angehört. Außer ihm wurden von Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth zwei weitere Mitglieder des Förderkreises ebenfalls als Sachverständige in dieses Gremium berufen: Prof. Dr. Alexander Fischer, Seminar für Osteuropäische Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn, sowie Prof. Dr. Manfred Wilke, Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin und Mitglied des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin. Mi

Rückblick: Thomas Mann an Walter Ulbricht

Nummer 1 der "Mitteilungen des Förderkreises" von März 1992 unterbreitete originalgetreu ein bisher unveröffentlichtes historisches Dokument: ein Schreiben, das Thomas Mann im Zusammenhang mit den "Waldheim-Prozessen" im Jahre 1950 am 19. Juni 1951 an den stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR Walter Ulbricht richtete.

Reaktionen

Verdienstvoll! Als erste Tageszeitung druckte der "Tagesspiegel" am 16. April 1992 den Wortlaut des Briefftextes nach (S. 17). Ein "in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeutendes Dokument, das in den derzeitigen Auseinandersetzungen mit der verblichenen DDR und dem Verhalten gegenüber ihren

Nachwirkungen, aber auch im Hinblick um die wiederaufflammende Diskussion um die "Waldheim-Prozesse" neue Aktualität gewinnt, wie der "Tagesspiegel" kommentierte, erreichte nach mehr als 40 Jahren breite Öffentlichkeit. Doch die einschränkende Bemerkung im Kommentar, daß die "Mitteilungen des Förderkreises" de facto nur den Abdruck einer Kopie in "Neue Rundschau", 1990/2, nachvollzogen hätten, veranlaßte auch eine Leserschrift, die am 10. Mai publiziert wurde (Beilage, S. 2).

Die vom Förderkreis wiedergegebene Fassung des Schreibens ist die wissenschaftlich authentische, weil dem Original entsprechende. Sie gelangte 1990 gemeinsam mit anderen und vormals nicht zugänglichen Akten in das Archiv, stand Benutzern zur Verfügung und sollte ursprünglich in anderer Weise publiziert werden. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Brief Thomas Manns nur auszugsweise bekannt.

Erstmals veröffentlichte der Schriftsteller und Literaturhistoriker Alfred Kantorowicz, der 1957 die DDR verließ, einen Auszug aus einem Durchschlag des Briefes in der Zeitung "Die Welt" vom 15. Juni 1963. Darauf bezog sich bereits am 5. Juli 1963 das Bundesnachrichtenblatt Nr. 1 des "Waldheimer Kameradschaftskreises". Karl Wilhelm Fricke ging am 22./23. März 1964 in einem Rundfunkkommentar darauf ein und übernahm eine größere Passage des Auszuges in seine 1979 herausgegebene Publikation "Politik und Justiz in der DDR". Auch das in "Neue Rundschau" vollständig abgedruckte Schreiben Thomas Manns basiert auf einem Durchschlag des Briefes, der sich im Thomas-Mann-Archiv der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich befindet. Inge Jens, bekannt durch ihre Thomas-Mann-Editionen, erforschte die Geschichte des berühmten Briefes.

Hervorzuheben ist: Das Original gibt Antwort auf bisher offene Fragen. Auf das Absendedatum, den 19. Juni 1951; auf den Absendeort, Pacific Palisades, California; auf die unmittelbare Reaktion Walter Ulbrichts durch sechs Ad-hoc-Hervorhebungen, die durch Anstreichungen am Rand erkenntlich sind.

Ein historisches Dokument

Der Brief des damals 76jährigen Thomas Mann widerspiegelt die Sensibilität dieses Vertreters weltoffenen, humanen, demokratischen Geistes. Obgleich die "Waldheim-Prozesse" in der DDR, die sich von Ende April bis Ende Juni 1950 zu einem politisch-juristischen Exzeß gestalteten, wesentlich den Inhalt des Briefes bestimmten und Thomas Mann um Gnade für die dort zu hohen Strafen verurteilten Mitläufer ersuchte, bewegte Thomas Mann eigentlich "das allgemeinste: die jeden denkenden Menschen quälend erfüllende Sorge um die Zukunft der Gesittung, das Schicksal der Menschen selbst". Aus diesem Verständnis klagte Thomas Mann den Widerspruch zwischen dem Humanismus der kommunistischen Idee und einer die Gesamtheit umfassenden, totalitären, Staatsidee an. Verallgemeinernd und differenzierend zugleich formulierte er, daß der Kommunismus "mit dem Faschismus die totalitäre Staatsidee gemeinsam" habe; er sollte "Grausamkeiten meiden, die ihn äußerlich <...> auf das Niveau des Faschismus herabsetzen".

Diese brisanten und bis heute aktuell gebliebenen Diskussionsfragen reflektieren u.a. auch die Hervorhebungen Walter Ulbrichts. In der von Thomas Mann aufgeworfenen Problematik sowie in dem verfassungs- und rechtswidrigen Charakter der "Waldheim-Prozesse" selbst sind sicherlich die Hauptursachen dafür zu suchen, daß der Brief unbeantwortet und bis 1990 unter Verschluss blieb.

Aus den Recherchen, die Walter Ulbricht nach dem Erhalt des Schreibens am 28. Juni 1951 veranlaßte, geht hervor, daß er dieses Dokument am 4. Juli 1951 an den Stellvertretenden Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) übermittelte und wissen ließ, "eine gründliche Antwort auszuarbeiten". Mit demselben Datum erhielt der damalige Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit, Erich Mielke, eine Abschrift des Briefes und ein Anschreiben, in dem Walter Ulbricht "um genaue Angaben über jeden der im Brief angeführten Fälle" bat, um Thomas Mann antworten zu können.

Bereits am 6. Juli verfügte Mielke in vier Fällen über entsprechende Auskünfte: über die in Waldheim Verurteilten Arnold Bacmeister (18 Jahre Zuchthaus) und Rudolf Fritz (20 Jahre Zuchthaus) sowie über die durch Sowjetische Militärtribunale (SMT) Verurteilten Walter Schneider und Ludwig Krieghoff (beide 25 Jahre Arbeitslager). Diese Informationen erreichten Walter Ulbricht offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt, da er noch am 20. August wegen des Ergebnisses rückfragen ließ. Er erhielt die Antwort: "Genosse Mielke teilte auf Anfrage mit, daß er den größten Teil des gewünschten Materials zusammen hat, einen Teil können sie nicht finden, weil die Angaben nicht konkret genug sind." Nun warfen auch die recherchierten Ergebnisse für Walter Ulbricht Probleme auf, die nicht mehr nur eine Sache zwischen Absender und Adressaten waren - die Zustimmung der SKK; die Rolle der SMT-Urteile, über die deutsche Organe nur über einen knappen einseitigen Urteilsauszug verfügten; den Charakter der "Waldheim-Prozesse".

Dennoch. Das Schreiben Thomas Manns trug neben den bereits seit 1950 eingegangenen Protesten und rund 200 Gnadengesuchen, insbesondere von Otto Nuschke, Martin Niemöller und Probst Grüber sowie von Angehörigen, Rechtsanwälten, kirchlichen und politischen Kreisen, dazu bei, daß 1952 die erste große Gesamtüberprüfung der in Waldheim ausgesprochenen Urteile erfolgte. Im Ergebnis einer sowjetisch-deutschen Inspektion auch im Zuchthaus Waldheim Anfang 1952, eines generellen Vorstoßes von Wilhelm Pieck bei J.W. Stalin am 1. April 1952 in Moskau und des Protestes des 1. Internationalen Juristenkongresses in West-Berlin im Juli 1952, organisiert von dem Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, überprüfte eine vom Politbüro der SED im Juli 1952 eingesetzte Kommission alle über 3 000 Urteile. Im Herbst 1952 wurden 997 Waldheim-Verurteilte begnadigt, für 1 024 verminderte sich das Strafmaß beträchtlich, für 993 blieb es unverändert. Weitere Gruppenbegnadigungen erfolgten 1954 und Ende 1955/Anfang 1956. Die von Thomas Mann benannten Arnold Bacmeister und Rudolf Fritz erhielten ebenfalls Strafminderung und kamen 1956 frei.

Unehrllicher und politisch demagogischer Umgang mit dem Waldheim-Problem von Anfang an verhinderte bis 1989 eine offene und prinzipielle Korrektur. Determinative Elemente autoritärer, stalinistischer Strukturen - wie hypertrophierter Machtanspruch der SED-Führung, politische Einmischung in die Justiz und Rechtsbeugung, justitielle Absicherung der "Revolution von oben" - bekräftigten die von Thomas Mann ausgesprochene Sorge.

Wilfriede Otto, Berlin

Leserzuschriften

(Zu: KPdSU im Mikrofilm)

Natürlich bin ich auch auf die Notiz gestoßen, die sich mit der KPdSU im Mikrofilm befaßt. Ich hoffe sehr, daß ich meinen Kollegen von unserer für die Materialien der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zuständigen Abteilung dazu überreden kann, eine etwas ausführlichere Notiz über das Projekt zu schreiben und an Sie zu schicken. Eine Vorabinformation, die Ihre Hinweise in mancher Hinsicht ergänzt, füge ich heute schon bei:

A comprehensive program for preserving on microfilm the archives of the former Communist Party of the Soviet Union and the State Archives - material now under the jurisdiction of the Committee for Archival Affairs of the Russian Federation (Roskomarchiv) - will be undertaken jointly by Roskomarchiv and the Hoover Institution.

Dr. Rudolf G. Pikhov, chairman of Roskomarchiv, and Hoover Director John Raisian announced their intention to begin the \$ 3 million preservation project and make the microfilm broadly accessible to the Russian people and the world community of scholars.

All microfilm will be opened for research in Moscow at Roskomarchiv and the United States at the Hoover Institution. An editorial board, chaired by Dr. Pikhov and composed of prominent international scholars, will select the materials to be filmed.

Roskomarchiv and the Hoover Institution, in association with the International Committee of Scholarly Advisers chaired by the U.S. Librarian of Congress, Dr. James H. Billington, will publish selected microfilm covering record groups of greatest interest to scholars.

Distribution outside Russia will be through the publishing firm of Chadwyck-Healy, Ltd. of Cambridge, England. Copies of the published microfilm will be deposited at the Russian National Library and the U.S. Library of Congress.

As part of the agreement, the Hoover Institution will provide financial support for the project, and will establish a fund to support a scholarly and archival exchange program in the field of Russian studies. In order to further the exchange of scholarly information, the Hoover Institution will also transmit the microfilm of its Russian archival holdings to Roskomarchiv. The Hoover Institution currently holds one of the world's largest and richest collections of materials on 20th century Russian history outside of Russia.

Agnes F. Peterson
Curator, Central and Western European Collections
Hoover Institution on War, Revolution and Peace
Stanford, California

(Zu: Bibliothek im Haus am Köllnischen Park)

Unser Hauptproblem besteht zur Zeit darin, daß wir keine Mittel für Neuanschaffungen zur Verfügung haben. Die in der Bibliothek vorhandenen wertvollen Bestände, vor allem aus Geschichte, Ökonomie, Philosophie, Soziologie und Literaturwissenschaften sowie Zeitungen und Zeitschriften können

jedoch genutzt werden. Außerdem befinden sich bei uns das Archiv der Gegenwart (komplette Sammlung 1932-1991) und das Munzinger Personen- und Länderarchiv. - Leider verfügen wir über zu wenige Arbeitskräfte, um die bisher gewohnten nutzerfreundlichen Öffnungszeiten aufrecht erhalten zu können. Trotz alledem sind wir über jeden Besucher sehr erfreut und jeder, der den Weg nicht scheut, wird nicht enttäuscht werden.

Zum Problemkreis der Einbeziehung in die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" ist zu bemerken, daß es z.B. ein ernsthafter Verlust wäre, wenn es zur Ausgliederung der DDR-Belletristik käme. Auch diese stellt eine wichtige zeitgeschichtliche und kulturgeschichtliche Quelle dar. Die in der Bibliothek Am Kölnischen Park vorhandenen Bestände werden daher sehr bald Seltenheitswert gewinnen. Dabei ist zu bedenken, daß diese Bibliothek nicht zuletzt auch einen gewissen "dokumentarischen" Wert hat, selbst ein "Dokument" der Geschichte der DDR bzw. der SED ist. Sie gibt ja schließlich Aufschluß über das, was auf der Führungsebene der SED als wichtig und sammelenswert angesehen wurde.

Wir sind daher der Meinung, daß die Bibliothek zusammenbleiben und allgemein zugänglich gemacht werden sollte. Wir sehen keine Möglichkeit der sinnvollen Aufteilung der Bibliothek nach einzelnen Sammlungsgebieten. Diese sind letztlich doch so miteinander verzahnt, daß sie kaum in vertretbarer Weise voneinander getrennt werden können.

Jürgen Wehnisch

Bibliothek im Haus am Kölnischen Park, Berlin

Impressum

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird an Mitglieder des Förderkreises kostenlos abgegeben. Die Schutzgebühr für sonstige Bezieher beträgt DM 10.- (für das Doppelheft) und Versandgebühr. Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.7.1992. -

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur unter Angabe der Quelle gestattet. -

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. - Herausgeber : Dr. Henryk Skrzypczak. Redaktion: Elrun Dolatowski. Anschrift:

Wilhelm-Pieck-Straße 1,
O-1054 Berlin,

Tel.: 2823434, Fax: 2814186

Das Antiquariat mit dem Angebot, das Sie interessiert

z.B. mit ausgewählten Titel für Historiker und Historikerinnen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen

in unserem Katalog 11 (Juni 1991)

Arbeiterbewegung ·
Sozialismus · Politik

oder im Katalog 16 (Mai 1992)

Zeitgeschichte ·
Geschichte · Biographien

Wir senden Ihnen gern unsere Kataloge zu;
Postkarte genügt

Grindelallee 28, W-2000 Hamburg 13,
Telefon 040/44 11 33 19



**Heinrich-Heine
Buchhandlung**

Restbestand

Für den internen Gebrauch hat der Verbund Archiv/Bibliothek/Technische Werkstätten über die polizeiliche Durchsuchung vom 31.3. bis 6.4.1992 eine Dokumentation erstellt. Restexemplare werden an Mitglieder des Förderkreises gegen eine Schutzgebühr von DM 15.- zuzüglich Portokosten abgegeben.

Zur
Vervollständigug
der
Bestände

Um unsere Sammlung der grauen Literatur von Bürgerbewegungen, Parteien und Organisationen zu ergänzen, suchen wir zeitgenössische Dokumente aus der Zeit der Wende (1989-1990):

*Flugblätter,
Flugschriften,
Kleinzeitungen u.ä.
aus Städten und
Orten des
DDR-Gebietsraumes.*

Angebote erbittet:

Verbund Archiv, Bibliothek,
Technische Werkstätten
Bibliothek

Wilhelm-Pieck-Straße 1
O-1054 Berlin
Tel.: 2823434



Internationale wissenschaftliche
Korrespondenz zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Die IWK erscheint 1992 im 28. Jahrgang

Heft 2/92 enthält:

LOTHAR MACHTAN: Hans Rothfels und die Anfänge der historischen Sozialpolitikforschung in Deutschland

VOLKER ULLRICH: Die frühe Opposition in der Hamburger Arbeiterbewegung 1914/15

GERHARD MÜLLER: Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in Wiesbaden. Interviews mit ehemaligen Mitgliedern

RAINER ECKERT: Vergangenheitsbewältigung oder überwältigt uns die Vergangenheit?

Außerdem:

Verzeichnis laufender Forschungs- und Publikationsvorhaben; Tagungsbericht; umfangreicher Rezensionsteil.

Preise: Jahresabo (4 Hefte) DM 67,- plus DM 5,- Versandkosten; Einzelheft DM 20,- plus DM 1,50 Versandkosten; Jahresabo für Studierende, andere Azubis, ZDLer, Wehrdienstleistende und Arbeitslose DM 40,- plus DM 5,- Versandkosten; Einzelheft DM 15,- plus DM 1,50 Versandkosten.

Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte einschließlich H. 4/1987 beträgt DM 5,- pro Heft bzw. DM 20,- pro Jahrgang zzgl. Versandkosten.

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an:

IWK-Redaktion, Kirchweg 33, W-1000 Berlin 38
Telefon: 030/81600141 oder 030/8160010 Telefax:
030/81600134

SONDERBEILAGE

"Operation Fummel"

Zeitgeschichtliche Collage aus dem Zwischenbereich

Von Henryk Eska

Juvenal, Sat. 1,30

I.

Der 20. März 1992 war in der Moabiter Turmstraße 91, wo das Amtsgericht Berlin-Tiergarten einsitzt, ein völlig normaler Tag. Selbst an dem Begehren, das bei ihm zur Entscheidung stand, konnte der für die Geschäftsnummer 351 Gs 1530/92 ("bitte stets angeben") verantwortliche Herr so Erstaunliches nicht finden. Die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, wie sich das Oberlandesgericht in Berlin ebenso traditionsbewußt wie anspruchsvoll nennt, wünschte schon wieder einen Durchsuchungsbefehl. Objekt ihrer Wißbegier war diesmal mit allem Drum und Dran das Parteiarchiv der PDS, von dessen massiver Okularinspektion sich die Kollegen Staatsanwälte das "Auffinden von Beweismitteln" erhofften.

Der Fall lag klar, denn die Deliktmasse wog schwer. Ermittelt wurde wegen "Totschlags u.a. (§§ 112, 21, 22, 63 StGB/DDR i.V.m. §§ 212, 22, 23, 25, 26, 53 StGB, Art. 315 EGStGB)". Auch das Kriterium der Verhältnismäßigkeit war hier offensichtlich erfüllt: "Da das genannte Objekt das Archiv der ehemaligen SED darstellt, in welches - in gewissem Umfang - Unterlagen des Unrechtsregimes der ehemaligen DDR einging <sic!>, steht zu erwarten, daß Beweismittel gefunden werden, die erheblich sind." Wenn man der Betroffenen die Alternative beließ, daß sie eine Beschlagnahme durch freiwillige Herausgabe aller von der Staatsanwaltschaft als relevant erachteten Unterlagen abwenden konnte, war den Maximen rechtsstaatlicher Jurisdiktion in vollem Umfange Rechnung getragen.

Daß die Sachlage ganz so einfach nicht war, hatte die Antragstellerin dem Herrn in Moabit mit Sicherheit nicht auf die Nase gebunden. Doch selbst wenn ihm zur Kenntnis gelangt wäre, daß die Staatsanwaltschaft im vorbezeichneten Archiv nach wochenlanger intensiver Akteneinsicht fast schon Wohnrecht genoß, hätte er möglicherweise auch nicht anders entschieden. Kollegialität geht, wovon so mancher Demonstrant zu singen und sagen weiß, manchmal auch in staatstragenden Kreisen die unschuldsvoll-seltsamsten Wege, und im vorliegenden Fall mußte schon kalt und herzlos sein, wer mit den Kollegen in der Witz-

lebenstraße nicht innigst mitfühlen konnte. Wie ein Teil der Presse alsbald genüßlich hervorheben würde, standen diese Ärmsten zunehmend unter Druck. Auftragsgemäß hatten sie einem Monstrum den Kampf angesagt, doch alles, was ihnen in beinahe anderthalbjähriger Hochseefahrt ins Schleppnetz geraten war, taugte nicht fürs Rochenbassin, sondern gehörte ins Aquarium der kleinen und kleineren Fische. Um dem ab- und der Gerechtigkeit ebenso wie seinen Kollegen aus der Bredouille zu helfen, schritt der Herr in der Turmstraße unverzüglich zur Tat. Er erteilte die Weisung, seinen Namen unter die Durchsuchungsorder zu setzen.

Wie dieser Name lautet, tut nichts zur Sache. Außerdem muß sein Träger zwar eine Persönlichkeit sein - nur Persönlichkeiten werden bei uns der Aufnahme in den höheren Justizdienst für würdig befunden -, doch eine solche der Zeitgeschichte im Vollsinne des Wortes ist er unzweifelhaft nicht. Er ist nur ein unscheinbares Rädchen im großen Getriebe der Justizmaschinerie und hat insoweit einen gesicherten Anspruch darauf, die stillen Freuden der Anonymität zu genießen. Dem Vergessen völlig anheimgegeben zu werden, hat er andererseits wiederum nicht verdient.

An erlittener Unbill hat er auch ohnedies wohl noch lange zu tragen. Als es nämlich - am 20. März - nur um den C-Kader der mutmaßlichen Tateinheit ging, da war dieser Mensch seinen Vorgesetzten gerade gut genug, sich über einige Nebenfiguren des Nationalen Verteidigungsrates der ehemaligen DDR den Kopf zerbrechen und seinen redlichen Namen hergeben zu dürfen. Sechs Tage später jedoch, als mit Honecker, Mielke und Co. die Prominenz in das Blickfeld geriet, sollte eine Amtskollegin den Zuschlag erhalten. Zum Ausgleich des Ungemachs entscheiden wir uns für einen Mittelweg, der es künftigen Generationen erlaubt, diesem Mann der ersten Stunde die gebührende Anerkennung zuteil werden zu lassen. Zwischen völliger Preisgabe der Identität und ihrem schmerzlichen Totalverlust scheint eine Verfremdung die passabelste Lösung. Sein Name sei also Fummel. Und um der nachwachsenden Generation die Richtung zu weisen, reihen wir ihn heute bereits in das operative Pantheon ein: Im aktionstheoretischen Modellsortiment wird das Unternehmen, mit dem es sich hier zu befassen gilt, auf eine Art und Weise etikettiert, die zugleich Codebezeichnung und Ehrenbezeugung ist: Operation Fummel.

II.

Der Stein war ins Rollen gekommen, der dramatische Knoten geschürzt, doch wie es sich beim klassischen Bühnengenre gehört, gab das Schicksal seinen Protagonisten noch die eine und andere

Chance. Erst einmal sickerte unter mysteriösen Umständen alsbald zum PDS-Hauptquartier durch, welcher knackige Film in kürze anlaufen sollte. Hätte es da nur einen einzigen Hinweis oder allenfalls zwei oder drei Anrufe gegeben, wäre man möglicherweise versucht, dem unbekanntem Helden, den sein Gewissen und nichts als sein Gewissen trieb, für seine Rechtschaffenheit ein Denkmal zu setzen. Doch da der Tip für die Zeitgenossen vom Karl-Liebknecht-Haus im Grunde belanglos war, während er der Presse später zu suggestiven Schlagzeilen verhalf, die dem ahnungslosen Bürger in vorseilendem Bemühen das etwaige Fiasko des Unternehmens erklärten, wird man sich als Mäzen vorerst doch wohl zurückhalten müssen.

Falls tatsächlich Arglist im Spiele war, schien die gebührende Strafe ihr auf dem Fuße zu folgen. Die unfrohe Kunde nämlich, "daß am Beginn der nächsten Woche eine großangelegte Durchsuchungsaktion - auch mit Staatsschutzmitarbeitern und 'Antiterrorereinheiten' - in 9 verschiedenen Einrichtungen der PDS geplant" sei, ermöglichte es Parteivize André Brie, am 26. März weitaus höheren Ortes die Notbremse zu ziehen. In einem "Bitte sofort auf den Tisch"-Schreiben an Rudolf Seiters unterrichtete er den Bundesinnenminister über die Entbehrlichkeit jedweden Polizeiaufgebots: "Ich möchte Ihnen hiermit versichern, daß wir grundsätzlich freiwillig bereit sind zur Herausgabe gewünschter Materialien, die staatsanwaltschaftliche Ermittlungen betreffen." Seiner Bitte, "Ihren Einfluß für eine vernünftige Handhabung dieser Angelegenheit geltend zu machen und uns schnellstmöglich Mitteilung zu geben", meinten die Herren um Rudolf Seiters am Ende eines halblangen Bedenkenprozesses weder in der einen noch in der anderen Richtung entsprechen zu können.

Sie seien, so gaben sie später verständnisheischend zu Protokoll, zum Eingreifen in keiner Weise ermächtigt gewesen. Nicht nur die geheiligte Eigenständigkeit der Justiz, auch der Respekt vor dem föderalen Prinzip habe der Bundesbehörde Zurückhaltung geboten und überdies hätten die allein zuständigen Stellen sie über ihre Pläne nicht einmal in Kenntnis gesetzt. Das mag die volle Wahrheit sein, ist aber nur die halbe Richtigkeit, denn nachdem sie von André Brie erfahren hatten, was die Berliner loszutreten gedachten, hätte man denen, ohne hehren Grundsätzen Gewalt anzutun, ja doch den einen und anderen Wink geben können. Das Schatzkästlein ihres Intimwissens über die PDS ist schließlich reich bestückt, und speziell in Sachen Geschäftsabschluß zwecks Archivübergabe wurde der Bruderkuß schon mannhaft geübt. Die Graurheindorfer indessen zogen es vor, sich in Schweigen zu hüllen, wofür sie sogar ein gewisses Verständnis verdienen. Wie unser aller Phantasie ist auch jene der Bonner Ministerialen begrenzt, die, wenn sie gelegentlich

meinen, das Gras wachsen zu hören, zumeist nur das Echo des Weltstadtverkehrs in der Rheinaue vernehmen.

Die erste Chance, dem Rad des Schicksals in die Speichen zu greifen, war vertan, jetzt verlangte die Stunde von Manfred Kittlaus, Größe zu zeigen. Nanu, Sie kennen Kittlaus nicht? Nun, dann bitten Sie Gott Ihren Herren schon beim Frühgebet, daß Manfred Kittlaus nicht den Wunsch verspürt, Sie bei nächstbesten Gelegenheit kennenzulernen. Zwar ist Kittlaus beileibe kein Unmensch, das nicht. Ein ganz gewöhnlicher Mensch, so wie Sie und ich, ist er nun aber auch wieder mitnichten, denn Manfred Kittlaus ist gewissermaßen "Zerv" in Person, und das will schon einiges heißen. In erster Linie heißt es Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität, und Sie ahnen ja nicht entfernt, was Ihnen Zerv im Bedarfsfall so alles anlasten könnte. Damit wir uns nun aber nicht falsch mißverstehen: Schmähe mir keiner den Kittlaus nicht. Wer diesen Turbolader antikrimineller Energie auch nur aus sicherer Entfernung kennt, lernt die Abgeschmacktheit des Pejorativums "Polyp" schnellstens begreifen: Fangarme, gewiß, zwar noch und noch, doch kaum irgendwo gallertartige Masse. So wie der sein Metier versteht, hat er beruflich selbst international als erste Sahne zu gelten. Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch einer City Police Academy serviert, hieften die ihm dort glatt die dreifache Leistungszulage über den Tresen.

Wo derart viel Licht ist, muß normalerweise ein starker Schlag Schatten sein, und der war bei Kittlaus in der Tat zu bemerken. Er litt an einem Verfolgungswahn neuen Typs - er verfolgte das damalige Oberhaupt der Berliner Polizistenfamilie. Erstens fehlte dem der Stallgeruch, zweitens ging dieser Seiteneinsteiger seinem Widersacher auch sonst gegen den Strich und drittens und überhaupt: Wer den frivolen Namen Schertz trägt, gehört nun mal nicht auf den überaus ernsthaften Sessel eines Polizeipräsidenten. Daß der Leidensdruck, den Kittlaus auf Teile seiner Umwelt ausübt, gerade in jenen Tagen schier unerträglich ward, illustriert eindrucksvoll den Problembereich von Gesetzmäßigkeit und Zufall in der Geschichte. Kaum hatte einer der Seelenbrüder des Zerv-Chefs in die Presse lanciert, "Polizeipräsident Schertz habe Dienstgeheimnisse an einen feindlichen Nachrichtendienst weitergegeben", da begann die Lage für Kittlaus bedrohlich zu werden. Die städtische CDU ergriff nachdrücklich für seinen Kontrahenten Partei, und auch Altkönig Momper tat äußersten Unmut kund.

Manfred Kittlaus sah sich plötzlich mit der Androhung eines Disziplinarverfahrens konfrontiert. Und ausgerechnet in dieser für ihn so bedrohlichen Situation kam ihm nun auch noch der Brief einer gewissen Frau Pardon in die Quere. Kittlaus sah

rot, denn was ihm die Dame für den Fall einer Durchsuchung zu bieten wagte - fachmännische Unterstützung und sogar "Parkkapazität in unserem Hof"-, konnte er wohl nur als krasse Verhöhnung empfinden, und ein Teil der Presse sollte ihn dann ja auch in diesem Eindruck bestärken. Von den Bonnern sich selbst überlassen, wußte er einfach nicht, wie tief er die Schreiberin mit seiner Auslegung verletzte. Nichts konnte ihr ja ferner liegen als nackter Hohn, wo sie sich doch gerade als angehende Bewerberin für den öffentlichen Dienst in den Geist des Grundgesetzes an Hand der Höcherl-Ausgabe einzuleben versuchte.

Der Gedanke, daß Nichtwissen auch in diesem Fall möglicherweise vor Strafe nicht schützt, mag den Menschen Kittlaus mit seinem letztlich doch so reinen Wollen in schlaflosen Nächten noch lange verstören. Doch wie dem auch sei - die letzte Chance zur Besinnung war tragisch vertan, schicksalsergeben nahm das Schicksal seinen Verlauf.

III.

An diesem Dienstagmorgen, stellte der Berichterstatter des PDS-Blattes "Neues Deutschland" fest, war es empfindlich kühl in Berlin. Sein Kollege von Springers Defizit-Blatt "Die Welt" vermochte der Lage gleichwohl poetischen Reiz abzugewinnen. "Die Konturen" , schwärmte er lyrisch, "des grün-weißen Transporters" der Polizei "verschwimmen vor dem frühlingshaften Hintergrund der Vorgärten am Majakowski-Ring". Geblendet vom Glanz des "schmucken Bungalows", dessen Hausherr, wie ein Reporter der "Super!"-Postille wußte, noch unter der Bettdecke lag, fieberte der Mann von "Welt" vorfreudig den Dingen, die da gleich kommen sollten, entgegen.

Nur wenige Minuten noch, dann würde hier und anderenorts von Polizei und Staatsanwaltschaft "Aufwartung" gemacht, und dann würde endlich hereinschlagen, was der "Super!"-Postillenmensch mit dem Wort "Bonzen-Dämmerung" so herzerfrischend benannte. Mochte "Super!" als Bildzeitung für noch minderer Bemittelte auch eine ausgesprochene Schmutzkonkurrenz für das eigene Schwesterblatt sein - in diesem Ausnahmefall würde man gemeinsam mit ihr erlöst aufatmen können: "Der Rechtsstaat schlägt zurück".

Bisher jedenfalls lief alles nach Plan. Um vier Uhr früh schon hatten sich die Einsatzleiter getroffen. Dreißig Minuten später rückten 530 Polizisten in ihre Bereitstellungsräume ein. Weitere zwanzig Minuten danach trabten, dreißig Stück an der Zahl, auch die Staatsanwälte in den Beritt. "Spät kommt Ihr", entfuhr

es dem "Welt"-Mann in seiner angesichts der morgendlichen Kühle nur zu verständlichen Ungeduld. Durch befremdete Blicke in seine journalistischen Schranken verwiesen, beeilte er sich, den ihm Näherstehenden zu versichern: "Die Ermittler der Arbeitsgruppe 'Regierungskriminalität' trifft dabei keine Schuld." Abgelenkt durch die Schlußphase des Count downs, vernahmen die solcherart Hochgelobten nur noch einen kargen Rest seiner weiteren anempfehlenden Worte. Elf, zehn, neun - ein kurzer Blick auf die Uhr, ein letzter weher Gedanke an die Lieben daheim, und dann war sie gekommen, die so lang ersehnte, die bewegende Stunde.

An 38 Orten Sturm auf die "Häuser der roten Götter", "Riesen-Razzia" in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen und selbstredend auch in Berlin. An der Ecke Wilhelm-Pieck-Straße/Prenzlauer Allee begann es sich um 6 Uhr 30 munter zu regen. Einsatzfahrzeuge aller Art rückten an. Neben Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft sichtete die Presse ein massives Aufgebot von rund 200, "zum Teil schwerbewaffneten Polizisten", in ihrer olivgrünen Kampfmontur allzeit bereit, aufkommenden Widerstand schon im Keim zu ersticken. "Beamte luden Container ab, in denen Akten abtransportiert werden sollten." So begann mit dem Ziel, beweiskräftiges Material aufzuspüren, "eine der größten Polizeidurchsuchungs-Aktionen" in der bundesrepublikanischen Geschichte. Das heißt, sie sollte beginnen. Doch da tat sich, völlig unerwartet, ein Hindernis auf. PDS-Vorsitzender Gysi hatte sich am Vorabend erküht, die Schlüssel des PDS-Archivs an sich zu nehmen. Tresorbehütet und immunitätsgeschützt, schlummerten sie einer bislang nur halbgewissen Zukunft entgegen.

Frau Jutta Limbach, als Senatorin für Justiz eine weitere Berliner Lokalpreziose, erschütterte dieser Mangel an Takt und Herzensgüte zutiefst. Erst hatten einem die Gysi-Leute engste Zusammenarbeit in Aussicht gestellt, und jetzt hintertrieben sie schamlos eine telegene Schlüsselparade. Während der Krisenstab noch erbittert um die Alternative rang, gegen den Tresor mit panzerbrechenden Waffen vorzugehen oder die Türschlösser im Naturheilverfahren durch Handauflegen öffnen zu lassen, war das Problem plötzlich gelöst. Weniger reumütig als kleinmütig geworden, hatte Gysi die Schlüssel herausgerückt. Die Invasion verzeichnete nun rasante Bodengewinne.

Halten wir uns nicht larmoyant mit dem Blick auf Belanglosigkeiten auf. Verweilen wir nicht bei den Saftflaschen im Leseaal, und entrüsten wir uns nicht über die ausgesprochene Unhöflichkeit, beim Gang zum WC nur dicht bis vor die Tür geführt und dann rücksichtslos alleingelassen zu werden. Nehmen wir alles nur in allem, so gebietet die Ehrlichkeit das anerkennende

Wort: Sie haben wirklich ihr Bestes gegeben. Wenn das einigen der Betroffenen noch immer nicht gut genug erscheint, ist das kein Grund, überheblich zu werden. Als Novize im Sittendezernat würde unsereins auch nicht gerade den besten Eindruck erwecken.

Auch dieser Tag verging, und Jutta Limbach kam. Während die Crème de la crème ihrer Staatsanwälte bereits die eingestaubten Lungenflügel zwecks gesunder Daseinsvorsorge mit Stammwürze spülte, strahlte sie ihr immer wieder rätselvolles Lächeln in die Berliner "Abendschau"-Kamera. Ein solches Lächeln ist nicht jedem gegeben. Dennoch erkannte der liebende Blick, daß ihr der Vormittag mit seinem Schlüsselerlebnis einerseits noch immer die empfindsame Seele beschwerte. Auf der anderen Seite allerdings schien sie von Herzen froh, für den phänomenalen Aufwand endlich eine plausible Rechtfertigung zu haben. "Die Kritik der PDS, die Aktion sei nur Wahlkampfmanöver", wies sie denn auch in souveräner Weise zurück: "Als heute morgen die Staatsanwaltschaft und Polizei vor Ort war, mußte sie feststellen, daß die Schlüssel extra in einem Tresor verschlossen worden waren, und sie mußte erst nachhaltige Überzeugungsarbeit leisten, um wieder an die Schlüssel heranzukommen." So Jutta Limbach, die Mona Lisa der Berliner Justiz.

Bald kehrte Ruhe ein in der Stadt. Eines langen Tages Reise in die Nacht war friedfertig zu Ende gegangen. Nur die Hunde der Polizei hechelten noch Tatendrang. Von ihren zweibeinigen Kameraden vorbildlich betreut, düngten sie exkrementierfreudig das Hinterhofpflaster.

IV.

Tags darauf rauschte es mächtig im Blätterwald, und vom ersten Aprilwind geschüttelt, spendeten die Zeilenplantagen mancherlei Frucht. In der zitierfähigen Presse waltete Unbehagen vor, das sich zumeist hinter dem Verzicht auf Kommentare versteckte. "Eine überfällige Aktion", befand allerdings die "Süddeutsche Zeitung". "Endlich wird mit mehr Schwung gegen die Großen ermittelt." Der "Tagesspiegel" hingegen erlaubte es sich, von "nachträglicher Überkompensation und von publikumswirksamem Aktionismus" zu sprechen und von einem "Offenbarungseid" die "taz", zu der sich die "Junge Welt" mit dem Diktum "Bankrotterklärung" gesellte.

Der "taz" war allein schon der Aufwand suspekt. "Wofür braucht es", fragte sie, "fünfhundert Polizisten und dreißig Staatsanwälte, um ein Parteiarchiv zu überprüfen? Warum diese Demonstration der Macht"? Was da "so groß in Szene gesetzt" worden war, daß es schon "Abendschau"-Sprecher Hanser wie "inszeniert

fürs Fernsehen" erschien, ging auch dem "Tagesspiegel" wider den Strich. Peinlich berührt nahm er sich die Frage heraus, "weshalb die Visite im PDS-Archiv so spektakulär inszeniert werden mußte".

Aus keinem anderen Grund, hielt ihm die "Süddeutsche" entgegen, "weil bisher herzlich wenig geschah". Auf das Angebot der PDS einzugehen, "wäre blauäugig" gewesen, denn "einige ihrer Mitglieder sind von den Untersuchungen betroffen. Den Ermittlern müssen alle Akten zur Verfügung stehen, nicht nur Teilgebiete, die zudem schwer abgrenzbar sind". Daß ein solcher Maximalismus Erfolg versprach, wagte die "Frankfurter Rundschau" freilich sehr zu bezweifeln. "Mit den Mengen an Material", wandte sie ein, "dürfte die Aktenfülle ozeanische Ausmaße annehmen. Wer soll das durchleuchten, wer hat soviel Mann?" Immerhin, erhob die "Süddeutsche" erneut ihre Stimme, kämen nun doch endlich "Staatsanwälte und Polizisten in nennenswerter Zahl zum Einsatz, bevor weitere Beweismittel verschwinden." Dieses Argument nun nahm die "Junge Welt" ihr nicht ab: "Daß nach mittlerweile jahrelangen Ermittlungen bei potentiellen Angeklagten noch Beweise zu holen wären", schien ihr nicht einmal mehr "Fritzchen Meier" zu glauben.

Man sieht: Insgesamt blieb die Tonlage moderat. Allerdings galt das nicht für die Heavy Metal-Organe. Die zogen ihrer geneigten Leserschaft wieder einmal gnadenlos das vorgeschädigte Trommelfell über die Ohren. Da maulte Gysi mit gehetztem Gesichtsausdruck und wirkte verstört. Da tobte Krenz und wurde bleich unter der Nase. Und dann "vor allem im PDS-Archiv. Die Bonzen schlotterten vor Angst. Und Gysi krächte". Wie man solche Stußlichkeiten durchgestylter, ja geradezu auf "Welt"-Niveau zelebriert, sollte diesen Zeilenwerkern ein Größerer bedeuten. Ihn mit einem bloßen Halbsatz abzutun, geht nicht an, denn auf seine Art hat er durchaus etwas Phänomenales. In der Kunstfertigkeit, angeranzte Ladenhüter als perlfrische Ware unter die Leute zu bringen und dabei noch mit Halbwahrheiten Geschäfte zu machen, findet er nicht so leicht seinesgleichen.

Erinnern wir uns zum Beispiel daran, daß Honecker, was zur Genüge bekannt ist, bei seinem Abgang wichtige Akten vernichten ließ; seien wir ferner der Tatsache eingedenk, daß sich die Freigabe des Zentralen Parteiarchivs für die Öffentlichkeit mit der bereitwilligen Anpassung an die Auflagen des Bundesarchivgesetzes verknüpfte, und dann schauen wir dem journalistischen Meisterkoch einmal über die Schulter, wenn er diese beiden uralten Hüte im logischen Hechtsprungverfahren zu einem Spezialomelett politischer Meinungsmache verbrät. Da nimmt er sich den Gregor Gysi zur Brust, weil der für die Polizeiaktion "die Bezeichnung 'Raubzug' fand. Er wies darauf hin, daß das PDS-Ar-

chiv am 28. März qua Novelle des Archivgesetzes ohnehin in Bundesbesitz übergegangen sei. Dabei" - und nun kommt's - "verschweigt er geflissentlich Reißwolfaktionen, die für die Zeit verbürgt sind, als das SED-Archiv noch in den Tresorkellern unter dem vormaligen ZK-Gebäude residierte. Erst am neuen Standort in Berlin-Mitte waren die Bestände überhaupt für die Öffentlichkeit zugänglich, und dies auch nur unter Auflagen."

Wer nicht von der ehrenrührigen Annahme ausgehen will, daß dieser Artist der Problemverschiebung seinen Arbeitgeber aus niederen Beweggründen bewußt mit Schmonzes bedient, muß sich wohl oder übel auf die Suche nach mildernden Umständen begeben. Ist er psychoanalytisch auch nur halbwegs geschult, sieht er das Rätsel unter einer Voraussetzung schnellstens gelöst. Er braucht die beiden unmittelbar anschließenden Sätze unseres Probanden nur aufmerksam in Kenntnis der Tatsache zu lesen, daß hier verschleiert von einer ganz bestimmten Dame die Rede ist: "Da sich zudem die personelle Erneuerung - vorsichtig formuliert - in Grenzen hielt, hat die Staatsanwaltschaft hier wohl die besseren Argumente. Ein weiteres klärungsbedürftiges Kapitel sei, wie es heißt, der Umgang der Archivleitung mit Legaten früherer Politprominenz." Im Klartext gesagt: Hier wird - "vorsichtig formuliert" - politisch durch die Hecke geschossen.

Kollegen überholter therapeutischer Schulen könnten versucht sein, in diesem Zusammenhang das Wort Subjekt zu gebrauchen. Nicht so der, dem es vergönnt war, noch zu Füßen des großen Krafft-Ebing sitzen zu dürfen. Als hilfloses Objekt seiner entfesselten Triebe ist der besagte unglückselige Mensch - doch das muß unter uns bleiben - ein geborener Psychosomat. Für so bedauernswerte Geschöpfe wie ihn hat der geniale Schreber einst das bewußte Leibchen erfunden. Vom Blondhaar einer Venus im PDS-Archiv um den kärglichen Rest seiner Kontrollmechanismen gebracht, hofft er noch immer, in ihr seine Lola zu finden. Professor allerdings ist er nicht. Um von ihr dennoch wenn schon nicht erhört, so doch wenigstens gelesen zu werden, verfolgt er sie hartnäckig mit kleinen Anzüglichkeiten. Ob es dieserhalb mit ihm ein schreckliches Ende nehmen wird, vermag gegenwärtig keiner zu sagen. Durch regelmäßige Freiluftübungen zwecks Bändigung seiner Triebstruktur turnt er sich vielleicht doch noch einer besonnenen Zukunft entgegen.

V.

Anders als im gewöhnlichen Leben, wo der Appetit angeblich beim Essen kommt, spürten die Verantwortlichen der Operation alsbald im Magen ein flaves Gefühl und eine zunehmende Kühle an den unteren Extremitäten. Mit ihrer Mammutschau hatten sie Erwartungen geweckt, denen sie, wie ihnen schwante, auch nicht entfernt

gerecht zu werden vermochten. Da traf es sich denn ausnehmend gut, daß man der Presse einen attraktiven Köder anbieten konnte, der die Aufmerksamkeit von den Schwachstellen des Unternehmens abzulenken versprach. "Verrat!" schrie der "Berliner Kurier am Morgen", "War alles ein Schlag ins Wasser?" "Schlimm:", befand "Bild Berlin", "Die ganze Aktion wurde vorher an die PDS verraten!" "Wer verriet die Razzia gegen die PDS?", wollte Berlins "Morgenpost" wissen, die nicht allein stand, wenn sie der Gedanke entsetzte, daß es an "entscheidenden Stellen der Berliner Justiz oder der Berliner Polizei" offenbar "PDS-Zuträger" gab. Um die Phantasie der Leser in die erwünschte Hauptrichtung zu lenken, klagte einer der Fahnder dem Morgenkurier: "Mit großer Wahrscheinlichkeit wurden alle Betroffenen aus dem ehemaligen Partei- und Staatsapparat gewarnt. Wir müssen davon ausgehen, daß sie wichtige Unterlagen beiseite geschafft haben." Damit waren die Argumentationsweichen für den Fall der Fälle gestellt. Wenn die Aktion tatsächlich zur Pleite geriet, würde man die Verantwortung für das Debakel unschwer auf die "Zuträger" abschieben können, von denen die "Morgenpost" sprach, oder auf den einen "Spitzel", den der Berlinkurier im "Fahndungsapparat der Berliner Justiz und der Polizei" am Werke sah.

Diese Rechnung hätte glatt aufgehen können, wäre da nicht ein Fehler unterlaufen, der so haarsträubend war, daß er bei Manfred Kittlaus zwar noch keinen Anfangsverdacht erregte, wohl aber seinen größten Unmut heraufbeschwor. "Nach Sichtung des beschlagnahmten Materials" meinte Frau Limbach davon ausgehen zu dürfen und erzählte das auch noch der Presse, daß trotz der Warnungen an die PDS "keine Akten beiseite geschafft" worden seien. Für sich allein genommen wäre ein solches Eigentor ja vielleicht noch als bloßer Patzer zu erklären gewesen: Irgendwelche Trottel von der Justiz hatten ihrer Chefin den falschen Spickzettel gegeben. Dann aber geschah, was bei Manfred Kittlaus den inneren Spürhund aufs äußerste sensibilisierte. In einem Gespräch mit der "Berliner Morgenpost" wies Senatorin Limbach "Verdächtigungen gegen ihre 60 Mitarbeiter, die von den Durchsuchungsaktionen wußten, zurück. 'Ich lege für sie alle meine Hand ins Feuer.'" Welche Schlußfolgerungen das erlaubte, brauchte man einem Manfred Kittlaus nicht erst zu sagen. Wenn der Justizbereich als Täterbereich ausfiel und auch die anatolischen Putzfrauen nicht gerade als dringend tatverdächtig erschienen, bei wem dann wohl hatte man die vielen Zuträger oder den einen Spitzel zu suchen?

Persönlich war Kittlaus in diesem Zusammenhang ja nichts am Zeuge zu flicken. Als ihm der Brief mit dem Parkplatzangebot des Archivs zugestellt worden war, hatte er sich situationsadäquat erst einmal betroffen gezeigt. Er war "betroffen, daß

sich die geplante Durchsuchung herumgesprochen" hatte. Anschließend jedoch beeilte er sich, den Schwarzen Peter an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben ("informierte aber sofort die Staatsanwaltschaft"). Da er zudem "an den Ermittlungen nicht beteiligt" gewesen war, verfügte er über glänzende Karten. Sein Alibi stand. Sich damit zufrieden zu geben, paßte jedoch nicht zu seiner altruistischen Art. Jetzt hatte er die verdammt Pflicht, das, was da so vage in den Raum gestellt worden war, nicht seiner Truppe anhängen zu lassen. Er wollte ja "keine Verdächtigung aussprechen, aber". Aber im stillen machte er sich natürlich doch seinen Vers, zumal - seit sich das Schertz-Problem praktisch erledigt hatte - eine gewisse Leere von ihm Besitz zu ergreifen begann. Irgendetwas, das sagte ihm sein kriminalistisches Gespür, stimmte nicht mit der Dame Limbach. Und so begann er sie, ganz unwillkürlich zunächst, in seiner bewährten Manier unter die Lupe zu nehmen. Was er da zu sehen bekam, bestürzte selbst diesen doch so lebenserfahrenen Mann. Mit fast der einzigen Ausnahme des genetischen Fingerabdrucks stimmte eigentlich überhaupt kaum etwas an dieser Frau. Verstand man es, die Sonde in Paßform anzusetzen, zeichnete sich im Raster eine haarscharfe Kontur ab, und die Fragen dazu ergaben sich nachgerade von selbst.

Warum hatte sie, nur um einer ehemaligen SED-Richterin gefällig zu sein, beinahe einen Koalitionskrach riskiert? Warum war sie über den abgrundtiefen Verrat, der ihre eigenen Ermittler zutiefst "empört" hatte, selber nur "zutiefst verärgert" gewesen? Woher wollte sie eigentlich wissen, daß die PDS keine Akten beiseite geschafft hatte, wenn doch nicht irgendwer, sondern wiederum einer ihrer eigenen Justizmitarbeiter zur gleichen Zeit festgestellt hatte: "Noch wissen wir gar nicht, was wir alles beschlagnahmt haben"? Warum lenkte sie jeden Verdacht gegen den eigenen Mitarbeiterkreis so eilfertig ab? Wenn der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende in dem Verratsfall eine Bestätigung für die Auffassung sah, daß "keine ehemaligen DDR-Juristen in den bundesdeutschen Justizdienst übernommen" werden sollten, warum ging sie dann geradezu "auf die Palme"? Welche Doppelrolle spielte eigentlich sie, die der PDS "Doppelzüngigkeit" glaubte vorwerfen zu dürfen, wenn sie sich gegenüber den Gysi-Leuten auf bloßes "Zureden" verlegte, wo sie doch gut und gerne munter hätte zuschlagen können? Und schließlich: Wer wohl hatte nach kurzen sechs Tagen schon den Abzug der Truppe bewirkt, so daß die Staatsanwälte jetzt unbeaufsichtigt ihrem zweifelhaften Treiben nachgehen konnten? Statt eisern zu tun, was ihres Amtes war, wedelte sie in vorgetäuschem Eifer so erregt mit dürftigen Erfolgsmeldungen herum, als hätte sie in einem gut besuchten Wallfahrtsort den Anblick der Originalwindeln des Jesusknaben zu bieten.

Je länger Manfred Kittlaus darüber nachdachte, desto häufiger ertappte er sich dabei, in Gedanken bereits an Jutta Limbachs Anstaltskleidchen zu weben. Daß er sich nach außen vorerst zurückhalten muß, nimmt er um eines fast noch größeren Zieles willen in Kauf. Erst einmal gilt es, das "Loch im Fahndungsnetz" zu orten, und das wird keine leichte Aufgabe sein. "Bei 30 Staatsanwälten und mehreren hundert Polizisten", das weiß auch er, "ist die Chance, die undichte Stelle zu finden, gering". Für den allerdings wenig wahrscheinlichen Fall, daß er deshalb den Mut verliert, erteilen wir ihm einen selbstlosen Rat: den nächsten Betriebsausflug seiner Behörde als Bildungsreise planen zu lassen - vom Binger Loch zum Celler Loch und von dort nichts wie ab mit der Post zu Kurt Tucholskys ja auch ganz sehenswerten Löchern im Käse. Bon voyage.

Abgesang

...

hörest du keinen Hauch.
Die Spatzen pfeifen's im Walde:
Warte, Jutta, nur, balde
hat Kittlaus dich auch.
Aus: *Singsang der Führerreserve*

Aufgelesen

Stoßseufzer des Monats:

Kujau, hilf!

Aus: *De profundis - postmodernes Seufzer-Brevier*

*

Anruf genügt

Stimmenimitator, staatlich geprüft,
Empfehlungsschreiben erster Adressen,
übernimmt Aufträge jeder Art.
Auch Tierstimmen (Vierbeiner).
Für Nachtanrufe Mondscheintarif.
Tel.: 030/515151

Aus: *Nothelfer. Pfingstblätter aus der Gerichtslaube*

Aufgelesen

Diskretion Ehrensache

Lukrativen Nebenverdienst
zwecks Weiterentwicklung zur
Serienreife bietet Erfinder der

Schertz-Säge

(Gerät zur Abniederung mißliebiger
Polizeipräsidenten)

Nur ernstgemeinte Zuschriften
über Popo Eintausend
Chiffre Haftwanz

Aus: *Habhaft. Pflichtorgan des Dienstanwärters*

*

Kostümverleih

Wenn es hoch hergeht, sind Armbinden mit dem Aufdruck
Polizei für den Zivilfahnder noch immer die beste Kapital-
anlage. Unsere alteingesessene Firma liefert dieselben.
Auch sonst reichhaltiges Sortiment: künstliche Greifarme,
Nahkampfcorsagen, Körperanklopfgeräte (handlich und in al-
len gängigen Farben), Falzwinger (modernstes Design).
Ehrliche Preise. Selbstabholer Kollegenrabatt.

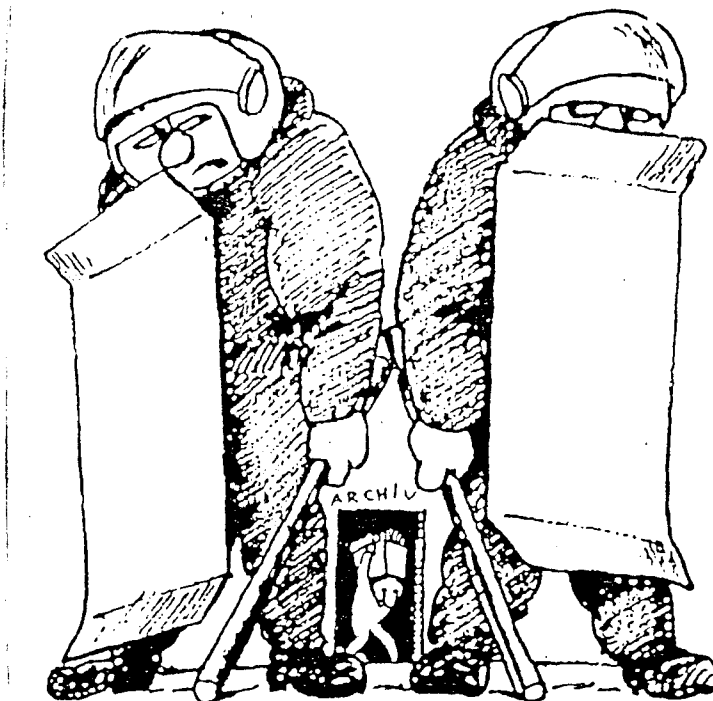
Gebr. Hilfreich

Aus: *Greif zu. Sonderangebote für den Vollzugsdienst*

*

Aufgespießt

Rita Süßmuth. Dienstfahrtsünderin und noch Präsidentin
des Deutschen Bundestages, hat zu allem Überfluß nun auch
Potenzsorgen mit ihrem Arbeitsstab. Auf den Appell des För-
derkreises an die höchsten Repräsentanten der Republik, an-
läßlich der Polizeiaktion vom 31. März ihr moralisches und
politisches Gewicht in die Waagschale zu legen, reagierten
das Bundespräsidialamt und das Bundeskanzleramt beinahe
prompt. Nur "Lovely Ritas" Hausmacher-Kooperative zeigte
sich überfordert. Produktionskennziffer Null.
Waschküchenbetrieb?



Panzer in alle Welt verschicken, aber gegen die PDS sind keine
da.
Karikatur: Wolf Schrader
Neues Deutschland Nr. 47, April 1992

Aufgelesen

Warnung

Wer ohne Zustimmung der Treuhand als Amtsperson
mit Vorsatz oder durch Fahrlässigkeit bewirkt,
daß staatlich bewirtschaftete Hunde sich an den
hauseigenen Ratten vergreifen, wird unnachlässig
wegen Wildfrevels zur Anzeige gebracht.

Die Verbundleitung

Aus: *Archiv-Benimm. Kleiner Knigge für große Tage*

Aufgelesen

Titelschutz

Bei Jutta liegt Justitia schief
Neuberliner Posse aus dem Robenmillieu

*

März-Aktion II

Nach der Tragödie nun die Burleske
(selten so gelacht)

*

Rechtsstaat ahoi

Die Schreckensfahrt der Teutonic

Alle Rechte, auch das der Wiederholung, vorbehalten
Limbach-Film mbH
Aus: *Der ganz besondere Film*

*

Objektiv

abhanden gekommen.
Ehrlichem Finder
droht Freiabonnement.
Redaktion
WELT-bild

Aus: *Gesucht wird...*

*

LETZTER VERSUCH

ERICH, STELLE DICH!

STELLFLÄCHE AUSREICHEND VORHANDEN

Aus: *Vereinigter Stellenanzeiger*

Aufgelesen

Kredit verspielt?

Macht nichts. Wir überziehen für Sie!
Berliner Paragaphenkontor

Aus: Talar. Loseblattsammlung für innovative Rechtspflege



Zeichnung: Klaus Stuttmann
Berliner Linke, Nr. 15, April 1992